

SOCIOLOGY IN SWITZERLAND

Politik und Parteien im Wandel

Die müden Multi-Partizipierer?

Ursachen und Problemhaftigkeit der im internationalen Vergleich sehr tiefen Wahlbeteiligung in der Schweiz

Peter Weiss

Zürich, Juni 2012

Abstract

Als Ursachen für die im internationalen Vergleich sehr tiefe Wahlbeteiligung in der Schweiz können in erster Linie politisch-institutionelle Gründe gelten: die durch das Konkordanzsystem bedingten fehlenden Regierungswechsel, die häufigen nationalen Referenden und die überhaupt sehr grosse Zahl an Urnengängen, die zur partizipatorischen Ermüdung weiter Teile der Stimmbürgerschaft führt (Freitag 1996; Norris 2004: 165). Dazu kommen politisch-kulturelle Merkmale wie die späte Einführung des Frauenwahlrechts sowie der schwache Organisationsgrad der Gewerkschaften. Begünstigt durch diese Faktoren, entwickelte sich die Nichtteilnahme für viele Schweizerinnen und Schweizer bereits zur Tradition. Mit den Jahren entstand so eine Kultur der Enthaltung: die Wahlabstinenz erscheint als gesellschaftlich akzeptabel und wird daher von Generation zu Generation vererbt.

Bibliographische Zitation:

Weiss, Peter: Die müden Multi-Partizipierer?. In. Sociology in Switzerland: Politik und Parteien im Wandel, Zürich 2012. http://socio.ch/par/t_pweiss.pdf

Inhalt

1. Einleitung	2
2. Theorie: Zentrale Konzepte der Wahl- und Wahlbeteiligungsforschung	2
2.1 Wahlen und Wahlbeteiligung.....	5
2.2 Krisen- versus Normalisierungsthese.....	6
2.3 Ökonomische Theorie des Wahlverhaltens: Paradox des Wählens.....	6
2.4 Sozialstruktureller und sozialpsychologischer Ansatz.....	6
3. Faktoren der tiefen Wahlbeteiligung im internationalen Vergleich	9
3.1 Politisch-institutionelle Merkmale.....	9
3.1.1 Wahlsystem.....	11
3.1.2 Wettbewerbsgrad des Parteiensystems.....	11
3.1.3 Bedeutung und Vielzahl von Wahlen.....	13
3.1.4 Direkte Demokratie.....	16
3.2 Merkmale der Wahlorganisation.....	23
3.2.1 Wahlpflicht.....	24
3.2.2 Weitere Brems- und Zugkräfte.....	24
3.3. Politisch-kulturelle Merkmale.....	25
3.3.1 Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften.....	27
3.3.2 Beteiligungskultur: Gewohnheitsbildung und Kohorteneffekte.....	29
3.4. Zwischenfazit.....	31
4. Das Problem der tiefen Wahlbeteiligung in der Schweiz	34
4.1 Typologie Schweizer Nichtwähler.....	34
4.1.1 Einstellungen.....	34
4.1.2 Soziale Zusammensetzung.....	35
4.1.3 Alternative Partizipation.....	42
4.2 Gegen den Trend: Steigende Wahlbeteiligung in der Schweiz?.....	47
5. Schlussfolgerungen	50
Literaturverzeichnis	55

1. Einleitung

Mindestens alle vier Jahre wieder beschäftigt sie die Schweizer Medienschaffenden und ihr Publikum: die hohe Abstinenz von Helvetiens Wählerinnen und Wählern an den Wahlen. Seit 1979 schon bleibt über die Hälfte von ihnen den Nationalratswahlen fern (Bundesamt für Statistik 2012 a) – Grund genug etwa für das Schweizer Fernsehen, vor den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2011 die hiesige Nichtwählerschaft in einer fünfteiligen Serie näher zu beleuchten (10 vor 10, 19.09.2011). Der Unterton der verschiedenen Medienbeiträge changiert von Neugierde über Besorgnis bis hin zur offenen Empörung – aus der heraus dann auch gerne das im (bundes-) deutschen Sprachgebrauch so allgegenwärtige Schlagwort „Politikverdrossenheit“ eingeworfen wird (Riedel 2011: 25).

Doch wie treffend ist es überhaupt? Sind Schweizer Nichtwähler tatsächlich allesamt Unzufriedene, die sich enttäuscht und verdrossen vom politischen System abgewandt haben? Die Interviews aus dem ersten Teil der Nichtwähler-Serie zeugen keineswegs davon. Vielmehr betont eine Nichtwählerin, dass die Politiker ihre Aufgabe, Gesetze zu machen, ja schon recht erledigen würden, während ein männlicher Vertreter der so vielbeschworenen „Partei der Nichtwähler“ meint, dass es hierzulande ja schon gut laufe und alles, was mit Politik zu tun habe, in der Schweiz ja sehr gut gelöst sei (10 vor 10, 19.09.2011). Und wäre die Hälfte der stimmberechtigten Bevölkerung mit dem politischen System, in dem sie lebt, so vollkommen unzufrieden, müssten dann nicht öffentliche Unruhen an der Tagesordnung sein? Sie sind es nicht, und aufgrund dieser Widersprüche zwischen dem bisweilen alarmistischen Unterton in der veröffentlichten Meinung auf der einen Seite und allgemeinen Alltags-Eindrücken auf der anderen drängt es sich auf, das Phänomen der Schweizer Nichtwählerschaft näher zu beleuchten.

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung hat der Nichtwähler vor allem wegen des Rückgangs der Wahlbeteiligung, der sich seit den 1980er-Jahren in den meisten etablierten westlichen Demokratien beobachten lässt, einen „konjunkturellen Aufschwung“ (Krimmel 1996: 321) erlebt, der jeweils in den Tagen nach einer Wahl in einem vom Wählerschwund betroffenen Land einen zusätzlichen, heftigen Ausschlag erfährt (Bauer 2004: 3; vergl. Bannon 2003: 138). Die besorgten Reaktionen scheinen auf den ersten Blick nicht weiter verwunderlich, ist doch die Vorstellung, dass die Bürger am demokratischen Entscheidungsprozess teilnehmen, „so alt wie die Demokratie selbst“ (Van Deth 2009: 142). Beteili-

gung und Demokratie sind so eng miteinander verbunden, dass erstere gar als Lebenselixier der letzteren gilt (Franklin 2002: 148). Anders ausgedrückt: „Wer Demokratie sagt, meint Partizipation.“ (Van Deth 2009: 142). Auch muss es grundsätzliche Fragen aufwerfen punkto Legitimität eines Systems, das auf Bürgerbeteiligung beruht, wenn genau diese Bürgerbeteiligung in immer stärkerem Masse ausbleibt. Wird gar in nicht allzu ferner Zukunft schon der abgewandelte Sponti-Spruch „Stell Dir vor, es sind Wahlen, und keiner geht hin“ wahr (Jörke 2007: 76 f.)?

Doch so einheitlich der Abwärtstrend in Sachen Wahlbeteiligung seit der Jahrtausendwende in den meisten Industrieländern auch ist (Bauer 2004: 5; Filzmaier 2007: 46), so konstant halten sich auch die diesbezüglichen Niveauunterschiede zwischen einzelnen Ländern. Trotzdem sind Nationenvergleiche, die versuchen, mögliche Kontextfaktoren als Ursachen dieser Unterschiede zu bestimmen, im Gegensatz zu Arbeiten über die Veränderungen im Zeitverlauf erstaunlich dünn gesät (Freitag 1996: 101). Dabei könnte gerade die Kenntnis solcher Faktoren aufschlussreich sein, wenn es darum geht, die Wahlbeteiligung wieder anzuheben. Gerade auch mit Blick auf die Schweiz könnten Erkenntnisse über die Wirkung dieser Kontextfaktoren von grossem Nutzen sein, besteht doch bereits seit Langem die Annahme, dass für die tiefe Wahlbeteiligung hierzulande gerade solche institutionellen Faktoren verantwortlich sind. So kam Benno Schneider (1984) schon vor fast 30 Jahren zum Schluss, dass die Merkmale des besonderen schweizerischen Regierungssystems, namentlich die Direkte Demokratie und die Mehrparteien-Regierung, entscheidend zum Rückgang der Stimm- und Wahlbeteiligung beigetragen hätten. Aus diesen Erwägungen ergibt sich die erste Forschungsfrage, die auf mögliche Erklärungen für die Unterschiede auf Nationenebene abzielt: *Welche Faktoren erklären die im Ländervergleich tiefe Wahlbeteiligung in der Schweiz?*

Dazu ist freilich einschränkend zu sagen, dass die Schweiz, gemeinsam mit den USA, in Sachen Wahlbeteiligung einen solchen Ausreisser bildet, dass verschiedene Makro-Vergleichsstudien sie aus ihren Modellen ausgeschlossen haben (Jackman und Miller 1995; Blais und Dobrzynska 1998). Statistisch signifikante Schlüsse zur Erklärung des (Sonder-) Falles liegen daher nur begrenzt vor. So muss sich auch diese Arbeit damit begnügen, im Anschluss an Kapitel 2, das Definitionen wesentlicher Konzepte in Sachen Wahlen und Wahlbeteiligung enthält, im darauffolgenden Kapitel 3 einzelne Faktoren, die sich in der

vergleichenden Forschung als bedeutend erwiesen haben, mit engem Bezug auf die Schweiz zu erläutern. Auf Punkt und Komma genau zu beziffern, zu welchem Grad beispielsweise die ausgebauten Direktdemokratie und zu welchem das Regierungssystem der Konkordanz Helvetiens Wähler von der Wahlurne fernhalten, wird indes auch diese Arbeit nicht leisten können. Nach einem Zwischenfazit ist der zweite Teil der Arbeit den möglichen Auswirkungen der tiefen Wahlbeteiligung in der Schweiz gewidmet. Wie problematisch ist die Nationalratswahl-Abstinentz der Mehrheit der Schweizer Stimmbürger/-innen, abgesehen von den eingangs erwähnten normativen Erwägungen zur Legitimität des demokratischen Systems, tatsächlich? Die zweite Forschungsfrage lautet daher: *Welche Probleme sind mit der tiefen Wahlbeteiligung in der Schweiz verbunden?*

Um sie zu beantworten, wird im Kapitel 4 zunächst die vielbeschworene „Partei der Nichtwähler“ näher betrachtet. Drei Gesichtspunkte sind hierbei besonders relevant: erstens die Motive ihrer Wahlenthaltung und zweitens deren Umfang, sprich: die Frage, ob sich die Nichtwähler dem politischen Leben komplett entziehen oder womöglich andere Wege der Partizipation nutzen. Drittens ist vor allem von Interesse, wie sich die abstinente Mehrheit in sozioökonomischer Hinsicht zusammensetzt. Schliesslich machte Arend Lijphart (1996) in einem viel zitierten Artikel darauf aufmerksam, dass tiefe Wahlteilnahme immer auch gleichbedeutend mit sozial ungleicher Wahlteilnahme ist. Ihm zufolge nehmen Gebildete und Wohlhabende überproportional an Wahlen teil und verschärft sich dieser Vorsprung gegenüber den weniger Gebildeten und Einkommensschwachen umso mehr, je tiefer die allgemeinen Beteiligungsquoten ausfallen (Lijphart 1996: 1). Gilt dieser Befund, zu dem Lijphart vor allem für die USA kommt, auch für die Schweiz? Und: Wäre die Einführung der allgemeinen Wahlpflicht, wie sie Lijphart mit Verve verfehlet, ein geeignetes Mittel gegen mögliche systematische Verzerrungen des urdemokratischen Prinzips „One Person, One Vote“? Kapitel 5 beinhaltet daher gemeinsam mit den übrigen Schlussfolgerungen eine kurze Diskussion über Vor- und Nachteile der Wiedereinführung der allgemeinen Wahlpflicht.

2. Theorie: Zentrale Konzepte der Wahl- und Wahlbeteiligungsforschung

Bevor die folgenden Kapitel auf die beiden Forschungsfragen eingehen, seien zunächst zentrale Begriffe und Konzepte der Wahl- und Wahlbeteiligungsforschung erläutert.

2.1 Wahlen und Wahlbeteiligung

In den ersten Tagen, in denen diese Arbeit entsteht, wird in Iran ein neues Parlament gewählt und in Russland mit Wladimir Putin ein neuer (und gleichsam alter) Präsident erkorren.

Diese beiden Beispiele zeigen, dass Wahlen als eine Technik, eine Körperschaft zu bilden oder eine Person mit einer Führungsaufgabe zu betrauen, keineswegs nur in freiheitlichen, demokratischen Systemen zur Anwendung kommen. Wenn im Folgenden von Wahlbeteiligung die Rede sein wird, so bezieht sich dies dagegen jeweils auf die Teilnahme an Wahlen als der „demokratischen Methode der Bestellung von Personen in Vertretungsorgane oder Führungspositionen“ (Nohlen 2007: 23). Wahlen in liberal-demokratischen Systemen sind in der Regel kompetitive Wahlen, die zwei Voraussetzungen erfüllen müssen. Erstens die Auswahlmöglichkeit zwischen mindestens zwei Optionen und zweitens die Freiheit, zwischen beiden Angeboten frei zu entscheiden. Beides darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss auch rechtlich gesichert sein (Nohlen 2007: 25).

Auf den ersten Blick erstaunlich, wird in internationalen Vergleichsstudien die zu erklärende Variable „Wahlbeteiligung“ auf unterschiedliche Art und Weise operationalisiert. So verstehen auch und gerade Autoren aus den USA, wo sich Wähler im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern freiwillig in ein Wahlregister eintragen müssen, um ihr Wahlrecht auszuüben, Wahlbeteiligung als jenen Prozentsatz der *wahlberechtigten* Bevölkerung, der an der Wahl teilnimmt. In einigen Studien entpuppt sich bei näherem Hinsehen als wahl-berechtigt dann aber die gesamte Bevölkerung, die das Mindest-Wahlalter erreicht hat (Jackman und Miller 1995: 472; Norris 2004: 152). Diese umfasst dann aber auch alle volljährigen Personen, die in Wahrheit gar nicht wahlberechtigt sind, da sie nicht die Staatsbürgerschaft besitzen, unmündig oder inhaftiert sind (López Pintor et al. 2002: 76) – eine denkbar unscharfe Definition. Andere Autoren verstehen unter Wahlbeteiligung daher den Prozentsatz jener Personen, die auf der Wahlliste stehen und eine Stimme abgegeben (Blais und Dobrzynska 1998: 241). In dieser Arbeit ist, ausser wenn dies anders angegeben wird, unter der Wahlbeteiligungsquote jener Prozentsatz der abgegebenen Stimmen der wahlberechtigten Bevölkerung gemeint, der als Indikator für die Ausschöpfung des durch das Wahlgesetz festgesetzten Partizipationspotenzials dient (Freitag und Stadelmann 2007: 192; Freitag 2005: 670). Unter dieser „Wahlbeteiligung im engeren Sinn“

(Kohl 1983: 386) sind demzufolge nur diejenigen Personen zu verstehen, die nach dem Wahlgesetz wahlberechtigt sind. Dafür, sich auf diese Definition zu beziehen, spricht im Vergleich zur Wahlbeteiligung der Registrierten in erster Linie die bessere Vergleichbarkeit.

2.2 Krisen- versus Normalisierungsthese

Für die Beantwortung der zweiten Forschungsfrage erscheint es unter anderem wesentlich, welche Motive die Schweizer Nichtwähler haben. In der Literatur vor allem zum Wählerückgang gibt es dazu zwei gegensätzliche Grundpositionen. Anhänger der *Krisenthese* führen die Wahlabstinz in erster Linie darauf zurück, dass die Nichtwähler ihre Unzufriedenheit mit Politik im Allgemeinen und Parteien und Politikern im Besonderen ausdrücken und den Wahlen entweder einmalig und bewusst aus Protest fernbleiben oder gar schon so stark frustriert sind, dass sie apathisch werden und dauerhaft an Wahltagen zu Hause bleiben (Bühlmann et al. 2003: 37; vergl. Bauer 2007: 6; Krimmel 1996: 322).

Die Gegenposition nehmen Vertreter der *Normalisierungsthese* ein. Aus ihrer Warte drücken Nichtwähler ihre grundsätzliche Zufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen aus: Sie sind mit den Politikern und Parteien einverstanden, empfinden darum gar keinen Antrieb, etwas zu ändern, und bleiben deswegen der Wahl fern (Bühlmann et al. 2003: 28).

2.3 Ökonomische Theorie des Wahlverhaltens: Paradox des Wählers

Die Nichtwählerforschung bedient sich theoretischer Ansätze aus der Wahl- und der Partizipationsforschung, die sich zum Teil überschneiden. Dabei erklärt die Wahlforschung die Entscheidung, an der Wahl teilzunehmen oder eben nicht, als einen Teil der Wahlentscheidung für einen Kandidaten oder eine Partei. Daher können die Theorien und die Wahlforschung auch zur Erklärung der Wahlbeteiligung dienen (Caballero 2005: 330). Als erster der drei klassischen Ansätze sei hier zunächst die rationalistische respektive Rational-Choice-Theorie des Wahlverhaltens kurz erläutert, die Anthony Downs (1957) aufgestellt hat – auch wenn ihre Kritiker ihr vorhalten, dass sie ausgerechnet eines nicht erklären kann: warum Menschen überhaupt an Wahlen teilnehmen (Caballero 2005: 336).

Gemäss dem Rational-Choice-Modell wägen rationale Bürger vor einer Wahl die Kosten und den Nutzen gegeneinander ab und entscheiden auf dieser Basis, ob sie an der Wahl teilnehmen oder nicht. Dabei setzen sich die Kosten (C) aus dreierlei Positionen zusammen: Erstens aus dem Gewinnen und Verarbeiten von Informationen und dem Treffen einer Entscheidung (Informations- und Entscheidungskosten), zweitens – zumindest in einigen Ländern – aus dem Aufwand für die Registrierung oder gar eine Wahlsteuer (wahl-spezifische Kosten) und drittens aus dem Gang zum Wahllokal selbst, der Zeit und Energie benötigt, die nicht mehr anderweitig zur Verfügung stehen (Opportunitätskosten). Der erwartete Nutzen (U) besteht hingegen aus der Differenz in Sachen Nutzen, die sich der Bürger von einem Wahlsieg des einen Kandidaten oder einer bestimmten Partei im Vergleich mit einem Sieg der Konkurrenz verspricht. Für je geringer er die Unterschiede zwischen beiden, die sogenannte Nutzendifferenz, einschätzt, desto weniger wahrscheinlich wird er an der Wahl teilnehmen. Doch damit nicht genug: Seine Chance, zur Wahl zu gehen, wird zusätzlich dadurch geschwächt, dass der rationale Bürger die Wahrscheinlichkeit (p) berechnet, mit genau seiner persönlich Stimme den Wahlausgang zu entscheiden. Die Formeln $pU - C > 0$ oder $p > C/B$ drücken dies mathematisch aus. Kurz gesagt: Nur wenn die eingeschätzte Wahrscheinlichkeit, die Wahl mit der eigenen Stimme zu entscheiden, multipliziert mit der erwarteten Nutzendifferenz die mit der Wahl verbundenen Kosten übersteigt, wird der Wähler eine Stimme abgeben. Das jedoch die erwartete Wahrscheinlichkeit, die entscheidende Stimme abzugeben, zum einen von der Knappheit des Wahlergebnisses abhängt und zum anderen davon, wie viele Menschen an der Wahl teilnehmen, dürfte sie in westlichen Demokratien mit Millionen von Wahlberechtigten gegen Null tendieren. Dass in der Realität aber doch stets deutlich mehr als null Prozent der Wahlberechtigten regelmässig zur Wahl gehen, erscheint so gesehen paradox. Daher ist dieser Umstand denn auch als Paradox des Wählens bekannt geworden (Caballero 2005: 337; vergl. Feddersen 2004: 103).

2.4 Sozialstruktureller und sozialpsychologischer Ansatz

Der *sozialstrukturelle* oder *soziologische* Ansatz geht im Wesentlichen auf zwei klassische Studien zurück: den mikrosoziologischen Ansatz der Columbia School und den makrosoziologischen Ansatz von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (Caballero 2005: 353). Gemäss dem mikrosoziologischen Ansatz entstehen politische Einstellungen und Verhaltens-

weisen durch soziale Kontakte innerhalb von Gruppen. Personen, die gewisse sozialstrukturelle Merkmale teilen, wie etwa die berufliche Stellung, gehören auch oft derselben sozialen Gruppe an. Als Gruppenmitglieder entwickeln sie ähnliche Interessen und Bedürfnisse und identifizieren sich miteinander, was beides dazu beiträgt, dass sich ihre politischen Haltungen mit der Zeit immer stärker angleichen (Lazarsfeld et al. 1968, zitiert in Caballero 2005: 354).

Der makrosoziologische Ansatz gemäss Lipset und Rokkan (1967) erklärt nun, warum diese Gruppen bestimmte Parteien unterstützen und andere nicht. Die Parteien, wie wir sie heute in (West-) Europa kennen, entstanden demzufolge aufgrund von Interessengegensätzen und deren Artikulation durch miteinander im Konflikt stehende Gruppen entlang gesellschaftlicher Spaltlinien (Cleavages). Auf beiden Seiten dieser Spannungslinien entstanden Koalitionen von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen mit den Parteien, die ihre Gruppeninteressen im politischen Wettbewerb bündelten und vertraten (Caballero 2005: 355). Neben den eigentlich soziologischen Variablen wie der Gewerkschaftsmitgliedschaft oder der Konfessionsangehörigkeit untersuchen zahlreiche Wahlforschungsstudien mittlerweile aber auch den Einfluss von Grössen, die eigentlich aus dem Kontext der Partizipationsforschung stammen: Bildung, Beruf und Einkommen. Diese Ressourcen bilden zusammengefasst den sozioökonomischen Status einer Person. Sie bestimmen, was diese alles in ihrem politischen Leben einsetzen kann: Wissen, Wohlstand und Zeit (Caballero 2005: 358). Und sie stehen oft im Zusammenhang mit dem Entscheid zur Wahlteilnahme.

Der *sozialpsychologische* Ansatz stellt eine Weiterentwicklung des sozialstrukturellen dar. Im engeren Sinn basiert er auf den Arbeiten der Michigan School, gemäss denen die Wahlentscheidung durch drei zentrale Einstellungsdimensionen erklärbar wird: die Parteiidentifikation, die Themen- und die Kandidatenorientierung. Dabei gelten die Einstellungen zu Themen und Kandidaten als eher kurzfristig und veränderbar. Sie interagieren mit der eher langfristigen und stabilen Parteiidentifikation, der emotionalen Verbindung mit einer Partei. Letztere entwickeln Personen während der Phase ihrer individuellen politischen Sozialisation, etwa als Reaktion auf bestimmte, prägende politische Ereignisse zu dieser Lebenszeit. Die Erfahrungen, die sie dabei machen, sind wiederum abhängig von politisch-institutionellen, sozialen und wirtschaftlichen Einflüssen. In Erweiterungen von früheren Arbeiten flossen Einstellungs-Dimensionen aus der Partizipations- in die Wahlforschung

ein. Zusätzlich zur Parteiidentifikation handelt es sich dabei um das Empfinden einer Wahlpflicht, die politische Involviertheit, verschiedene Ausprägungen der politischen Zufriedenheit und das Empfinden der politischen Wirksamkeit. Zusammengenommen bilden diese Dimensionen das Ausmass der individuellen Verbundenheit mit dem politischen System ab: Je stärker sie bei einer Person ausgeprägt sind, desto eher wird sie sich an der Wahl in diesem politischen System beteiligen (Caballero 2005: 344 f. ; vergl. Bühlmann et al. 2003: 32).

3. Faktoren der tiefen Wahlbeteiligung im internationalen Vergleich

In zahlreichen Modellen zur Erklärung der Wahlbeteiligung, nicht zuletzt auch solchen, die in interkantonalen Vergleichsstudien verwendet werden, haben sich politisch-kulturelle Faktoren als ebenso bedeutend erwiesen wie jene des institutionellen Kontextes (Norris 2004: 157; vergl. Freitag 2005: 686; Bühlmann und Freitag 2006: 35). Darum sei im Folgenden auf beide Gruppen von Erklärungsgrössen eingegangen. Sozioökonomische oder sozialstrukturelle Variablen, die auf Individualebene sowie innergesellschaftlich die Wahlbeteiligung mit zu erklären vermögen, wie etwa das Einkommen, verlieren auf Makroebene dagegen an Erklärungskraft – zumindest wenn der Vergleich sich auf etablierte Demokratien in wirtschaftlich weit entwickelten Ländern beschränkt (Blais 2006: 117). So erweist sich etwa bei einem weltweiten Vergleich der Beteiligungsquoten von nationalen Wahlen zwischen 1945 und 2001 in 170 Ländern das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandprodukt pro Kopf (BIP) als substanzieller Faktor (López Pintor et al. 2002: 88). Die Schweiz bildet bei diesem Vergleich übrigens einen auffälligen Ausreisser: Als eine der reichsten Nationen reiht sie sich punkto Wahlbeteiligung (hier gemessen an den registrierten Wählern) mit einem Durchschnitt von 56,5 Prozent auf Rang 145 ein und damit genau zwischen Sudan und Tonga (López Pintor et al. 2002: 79). Bei einem Vergleich von Wahlen in 15 EU-Mitgliedsstaaten zwischen 1945 und 2002 ist das BIP pro Kopf dagegen statistisch nicht signifikant (Rose 2004: 21). So drängt sich der Schluss auf, dass der wirtschaftliche Entwicklungsgrad die Wahlbeteiligung auf Makro-Ebene nicht-linear beeinflusst, zeigen sich die grössten Unterschiede doch im Vergleich zwischen den ärmsten Ländern und den nächsthöheren Wohlstands-Kategorien von Ländern (Blais und Dobrzynska 1998: 243). Ein ähnli-

ches Muster, nämlich eine kurvilineare Beziehung, zeigt sich auch bei den Auswirkungen des Alphabetismus (Blais und Dobrzynska 1998: 244; vergl. López Pintor et al. 2002: 88).

Als weiteren sozioökonomischen Faktor haben internationale Vergleiche den Einfluss der Grösse des Landes analysiert – und sind zu wenig eindeutigen Resultaten gekommen. So sieht André Blais (2006: 117) einen grossen Unterschied zwischen sehr hohen Wahlbeteiligungsquoten in sehr kleinen Ländern wie Malta und jenen in allen anderen Grössenkategorien, räumt aber ein, dass sich dieser Zusammenhang auf sub-nationaler Ebene nicht zeigt. Analysen zu Wahlen auf den drei föderalen Ebenen der Schweiz bieten dagegen durchaus Indizien für Grösseneffekte. So weist Markus Freitag (2005: 685) in einer kombinierten, multivariaten Längs-Querschnittregression der Wahlbeteiligungsquoten an kantonalen Parlamentswahlen von 1982 bis 2004 einen negativen Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Wahlbeteiligung nach. Schlüsselte man Wahlbeteiligungsraten nach Gemeinden auf, zeigt sich ein negativer Zusammenhang zwischen Gemeindegrösse und Wahlbeteiligung, und zwar statistisch signifikant auf dem 10-Prozent-Niveau und bei Wahlen auf allen drei Staatsebenen. Dies entspricht den theoretischen Erwartungen des „Decline of Community“-Ansatzes, demzufolge in kleineren Gemeinwesen die Beteiligung höher ausfällt, da sich die Einwohner gut kennen und die soziale Kontrolle, welche die Einhaltung einer Partizipations-Norm einfordert, grösser ist (Ladner 2011: 48 f.). Substanziell am stärksten ist dieser Effekt bei Wahlen der Gemeindeexekutive gefolgt von kantonalen Wahlen sowie Nationalratswahlen. Allerdings verbirgt sich dahinter – und zwar auf allen drei Ebenen – auch hier ein kurvilinearere Zusammenhang: In sehr kleinen Gemeinden (bis 249 Einwohner) ist die Wahlbeteiligung am höchsten, mit zunehmender Einwohnerzahl sinkt sie, steigt dann aber bei Gemeinden ab 20000 Einwohnern wieder an (Ladner 2011: 49 f.). Letzteres kann als Beleg für das „Mobilization“-Modell gelten. Dieses besagt, dass nur grössere Einheiten über Institutionen verfügen, welche die Beteiligung fördern, wie etwa Medien und politische Parteien. Daher ist gemäss dem Modell die politische Partizipation in grossen Gemeinden grösser als in kleineren (Ladner 2011: 49).

Auf theoretischer Ebene herrscht Unklarheit, was die Gründe für den Effekt der Grösse respektive Kleinheit betrifft: Neben den „Decline of Community“- und „Mobilization“-Ansätzen könnte hier auch die Rational-Choice-Erwägung eine Rolle spielen, wonach Wähler in kleineren Gemeinwesen ihre eigene Stimme eher als entscheidend einschätzen. Auch

könnte der Umstand dafür mitverantwortlich sein, dass in kleineren Gemeinwesen durchschnittlich weniger Wähler einen Abgeordneten wählen und es daher den Kandidaten und Parteien leichter fällt, die Wählerschaft zu mobilisieren (Blais 2006: 117).

3.1 Politisch-institutionelle Merkmale

Nicht zuletzt, weil die Effekte dieser sozioökonomischen Variablen so alles andere als eindeutig ausfallen, stehen bei internationalen Vergleichen eher institutionelle Variablen im Vordergrund (Blais 2006: 117). Diese sind auch deswegen besonders relevant, weil die Wahlbeteiligung zwischen Ländern in der Regel stärker variiert als zwischen verschiedenen Gruppen von Individuen innerhalb von Gesellschaften und weil die institutionellen Variablen einen Grossteil dieser Variation erklären könnten (Lijphart 1997: 7; Freitag 2005: 672). Warum sie dies tun, erscheint in der Denkweise des Neo-Institutionalismus klar. Denn gemäss neo-institutionalistischem Verständnis sind Institutionen als Spielregeln aufzufassen, die gegenseitige Erwartungen von Handelnden strukturieren, indem sie bestimmte Handlungsoptionen ermöglichen, andere hingegen beschränken oder gar verhindern (Hall und Taylor 1996: 955; Freitag 2005: 672; Bühlmann und Freitag 2006: 18; Freitag und Stadelmann-Steffen 2007: 195). Um die Analyse der Wirkweise solcher Spielregeln geht es im Folgenden.

3.1.1 Wahlsystem

Zahlreiche theoretische Überlegungen sprechen dafür, dass das Proporz-Wahlsystem höhere Wahlbeteiligungsraten mit sich bringt als das Mehrheits-Wahlrecht. Beispielsweise könnten die Wähler den Proporz als das gerechtere Wahlsystem empfinden und daher eher zur Wahl bereit sein. Auch können sie im Proporz-Systemen in der Regel unter mehr Parteien auswählen als in Proporz-Ländern und finden daher eher ein passendes politisches Angebot. Zudem belebt das Proporz-System den Wettbewerb unter den Parteien: Da mehr als nur ein Sitz pro Wahlkreis zu vergeben ist, haben die meisten Parteien Chancen auf Sitzgewinne und verstärken daher ihre Anstrengungen, Wähler zu mobilisieren (Blais und Dobrzynska 1998: 245). Ein Argument aus der Rational-Choice-Perspektive lautet, dass Sympathisanten kleinerer Parteien in Ländern mit Verhältniswahlrecht sich von ihrer Stimme einen grösseren Nutzen versprechen können als in Majorz-Systemen (Caballero 2005: 342). Auch fehle in Proporz-Ländern der Verödungseffekt, der in Majorz-Ländern

dann einzusetzen droht, wenn eine Partei in einem Wahlkreis schon seit Jahrzehnten stets als Verlierer aus der Wahl hervorgegangen ist, sie daher ihre Anstrengungen reduziert – und ihre möglichen Wähler von vornherein zu Hause bleiben, weil sie ihrer Partei keine Erfolgchance einräumen (Freitag 1996: 109). Doch es gibt auch Gegenargumente, die für eine höhere Beteiligung an Majorz-Wahlen sprechen: erstens seien sie leichter zu verstehen und zweitens seien sie aus Sicht der Wähler wichtiger, weil in Majorz-Systemen in der Regel einfache Regierungs-Mehrheiten direkt auf Basis des Wahlergebnisses gebildet und nicht erst in langwierigen Koalitions-verhandlungen zusammengeschmiedet werden (Ladner 1996: 2).

Die empirische Evidenz fällt, verglichen mit dem Überhang an positiven Argumenten, weniger deutlich zugunsten des Proporz-Wahlsystems aus. Zwar stieg beispielsweise in der Schweiz 1919 die Wahlbeteiligung bei der ersten Wahl nach der Einführung des Proporz-Systems sprunghaft an, doch zeigte sich in anderen Ländern und in späteren Jahrzehnten kein solch starker Effekt eines Wahlsystem-Wechsels (Nohlen 2007: 421). Pippa Norris (2004: 161) kommt sowohl bei einer Analyse für Legislativ-Wahlen der 1990er-Jahre in den 32 Ländern des Datasets Comparative Study of Electoral Systems (CSES) als auch bei einer Auswertung von Daten aus weltweit 164 Ländern über denselben Zeitraum zum Ergebnis, dass, unter Kontrolle von Faktoren der menschlichen Entwicklung, PR-Systeme mit ihren 75 Prozent auf eine um 10 Prozent höhere Wahlbeteiligung kommen als Gesellschaften mit verschiedenen Varianten des Majorz-Wahlrechts. André Blais und Agnieszka Dobrzynska (1998) stellen in ihrer Untersuchung einen zahlenmässig geringeren Effekt fest, während Studien mit Vergleichen zwischen Majorz- und Proporz-Ländern innerhalb Lateinamerikas gar keine Auswirkung des Wahlsystems konstatieren können (Blais 2006: 114). Aufgrund der vielen, nicht zuletzt methodischen, Schwierigkeiten bei internationalen Vergleichen zog Andreas Ladner (1996) eine Untersuchung unter 317 Berner Gemeinden vor. Doch auch bei dieser Untersuchungsanlage nach dem „Most similar systems research design“ (Przeworski und Teune 1970) stösst er auf widersprüchliche Befunde. Über alle Gemeinden gesehen, liegt die durchschnittliche Beteiligung an Wahlen der Gemeindebehörden nach dem Verhältnis-wahlrecht um 22 Prozent höher als in jenen nach Majorz-System. Allerdings sind allgemeine Aussagen problematisch, da die beiden Wahlverfahren in Gemeinden verschiedener Grössenkategorien unterschiedlich häufig angewendet werden und in

kleinen Gemeinden die Wahlbeteiligung allgemein höher ausfällt als in grösseren. Zudem spielt der Wahlort – Wahl an der Urne oder an der Gemeindeversammlung – eine wichtige Rolle. So kommt der Verfasser, unter Berücksichtigung von Zahlen aus den Nachbarkantonen Jura und Freiburg, einzig zum vorsichtigen Schluss, mit grosser Wahrscheinlichkeit auszuschliessen, dass sich das Majorz-Verfahren positiv auf die Wahlbeteiligung auswirkt (Ladner 1996: 13 ff.).

Andererseits erscheint es in Anbetracht dieser bei näherem Hinsehen eben doch gar nicht so eindeutigen Auswirkungen des Wahlsystems wieder plausibler, dass das Proporz-Land Schweiz gemeinsam mit dem Majorz-System USA zu den Ländern mit der tiefsten Wahlbeteiligung gehört (Ladner 1996: 2). Ein möglicher Grund dafür ist freilich auch, dass Nationalratswahlen in der Schweiz in Wahrheit kantonale Wahlen sind (Bühlmann und Freitag 2006: 34). Anders ausgedrückt: Namentlich in den kleinen Kantonen, in denen nur ein Sitz in der grossen Parlamentskammer zu vergeben ist, kommt es häufig zu taktischen Absprachen zwischen den Parteien, sodass die Wahlbeteiligung an Nationalratswahlen dort sogar oft nur zwischen 20 und 30 Prozent beträgt (Lutz 2006: 443). De facto handelt es sich bei den Nationalratswahlen in diesen kleinen Kantonen denn auch um Majorz-Wahlen. Anstatt auf die kategoriale Unterscheidung Majorz versus Proporz abzustellen, wäre es daher genauer, den Disproportionalitätsgrad des Wahlsystems als Variable zu verwenden. Je höher dieser ausfällt, sprich: je unverhältnismässiger Stimmen in Mandate umgerechnet werden, desto negativer dürfte sich dies auf die Wahlbeteiligung auswirken (Jackman und Miller 1995: 470; Freitag 1996: 110). Bei Markus Freitags bivariater Analyse von Parlamentswahlen in 18 Ländern zwischen 1975 und 1993 erweist sich der Einfluss des Disproportionalitätsgrades allerdings als nicht signifikant (Freitag 1996: 120).

3.1.2 Wettbewerbsgrad des Parteiensystems

Internationale Vergleichsstudien haben den Wettbewerbsgrad des Parteiensystems als weitere wichtige Erklärungsgrösse für die Wahlbeteiligung ausgemacht. Dabei unterscheiden sie im Wesentlichen zwischen zwei verschiedenen Faktoren: der Anzahl der Parteien und der Knappheit des Wahlergebnisses (Freitag 1996: 110; Blais 2006: 118 f.; Caballero 2005: 343).

Bezüglich der Parteienzahl bestehen zwei einander widersprechende theoretische Argumentationsstränge: Aus der Sicht des ersten steigt die Wahlteilnahme mit der Parteienzahl an. Dafür spricht, dass Wähler eher eine Partei finden können, die ihren Ansichten und Interessen entspricht, wenn das Parteienangebot gross ist (Freitag 1996: 110; Norris 2004: 165; Blais 2006: 118). Das kann potenziell zu einer höheren Parteiidentifikation führen – ein Argument aus sozialpsychologischer Perspektive. Aus Rational-Choice-Sicht spricht für eine höhere Wahlbeteiligung bei grösserem Parteienangebot der möglicherweise höhere Nutzen, der mit der Stimmabgabe verbunden ist, weil man eher eine Partei findet, die einem zusagt (Caballero 2005: 343). Zusätzlich ist zu erwarten, dass die Parteien im Wahlkampf ihre Anstrengungen steigern, um Wähler zu mobilisieren, wenn es mehr Parteien gibt und somit eine verschärfte Konkurrenzsituation herrscht (Blais 2006: 118). Doch dazu gibt es auch ein gewichtiges Gegenargument: Je mehr Parteien zur Wahl antreten, desto eher muss die Regierung in Form einer Koalition aus mehreren Parteien gebildet werden. Die Stimmabgabe verliert somit an Bedeutung, da die Zusammensetzung der Regierung letztendlich weniger von den Stimmen-anteilen in der Wahl abhängt, sondern vom Verhandlungsgeschick und den Interessen der verschiedenen Parteien in den Koalitionsverhandlungen. Aus Sicht der Wähler heisst das, dass es auf die Wahl und ihre Stimme gar nicht so sehr ankommt, was wiederum ihren Anreiz zur Teilnahme mindert (Jackman und Miller 1995: 470; Blais und Dobrzynska 1998: 249; Norris 2004: 166; Caballero 2005: 343; Blais 2006: 118). Als weiteres Argument liesse sich aus Rational-Choice-Perspektive noch anfügen, dass mit der höheren Fragmentierung des Parteiensystems auch die Informationskosten steigen: Sich über mehr Parteien zu informieren, ist mit höherem Aufwand vor allem zeitlicher Art verbunden (vergl. Blais 2006: 119; Freitag 2005: 682; Freitag 2010: 437). Zudem sinkt unter Umständen auch die Nutzendifferenz, da die Unterschiede in Sachen Programmen und Entscheidungen zwischen zwei benachbarten Parteien eher geringer ausfallen dürften, wenn mehr als nur zwei Parteien in einem System existieren.

Empirisch belegen die Resultate der meisten internationalen Vergleichsstudien, dass eine höhere Parteienzahl zu tieferer Wahlbeteiligung führt (Jackman und Miller 1995; Blais 2006: 118). André Blais und Agnieszka Dobrzynska (1998: 249) präzisieren dazu, dass es sich dabei um einen logarithmischen Zusammenhang handelt: Eine Steigerung der Parteienzahl von zwei auf sechs Parteien führt zu einer sehr viel stärkeren Abnahme der Wahlbe-

teilung als weitere Sprünge von sechs auf zehn oder von zehn auf fünfzehn Parteien. Im internationalen Vergleich könnte die Vielzahl der Parteien einen gewichtigen Grund für die tiefe Wahlbeteiligung in der Schweiz bilden: Gemäss dem gängigen Index der effektiven Parteienzahl von Markku Laakso und Rein Taagepera (1979) weist die Schweiz für die Zeit von 1948 bis 1995 den höchsten Fragmentierungsgrad auf. Mit einem Durchschnittswert von 5,9 bestanden in der Schweiz in dieser Periode mehr als doppelt so viele Parteien als etwa in Deutschland, Grossbritannien oder Österreich. Einzig in Belgien ist das Parteiensystem seit Anfang der 1980er-Jahre noch fragmentierter (Ladner 2006: 324). Innerhalb der Schweiz zeitigt der Fragmentierungsgrad des Parteiensystems bei den Wahlen zu den kantonalen Parlamenten den aus internationalen Vergleichen bekannten negativen Zusammenhang: Je mehr Parteien in einem Kanton um die Wählerstimmen konkurrieren, desto geringer fällt die Wahlteilnahme dort aus (Freitag 2005: 682; Freitag 2010: 437).

Die andere Grösse, welche den Wettbewerbsgrad des Parteiensystems bestimmt, ist die Knappheit des Wahlausgangs, zumeist operationalisiert durch die Differenz der Wählerstimmenanteile zwischen der Wahlsiegerin und der zweitplatzierten Partei. Dahinter steht in erster Linie ein Rational-Choice-Argument: Bei einer knappen Wahl steigt im Empfinden der einzelnen Wähler die Wahrscheinlichkeit, die entscheidende Stimme abzugeben, so dass sie einen höheren Anreiz zur Stimmabgabe empfinden. Dazu kommt, dass auch die Parteien stärkere Impulse verspüren, die Wähler zu mobilisieren (Freitag 1996: 110; Blais und Dobrzynska 1998: 249; Norris 2004: 166; Blais 2006: 118). Empirisch scheint sich dies zu bestätigen: In 27 von 32 Studien, die diesen Effekt unter verschiedenen Rahmenbedingungen und mit unterschiedlichen Methoden untersucht haben, hat er sich tatsächlich gezeigt, wenn auch substantiell in geringerem Ausmass, als dies zu vermuten wäre (Blais 2006: 118). Dank dieses Effektes wäre für die Schweiz eigentlich eine hohe Wahlbeteiligung zu erwarten, fallen die Abstände der Parteienstärken bei den Nationalratswahlen in der Regel doch eher gering aus und kann von der Dominanz einer Partei, die für gewöhnlich die Wahlbeteiligung nach unten drückt (vergl. Norris 2004: 166), keine Rede sein. Hier müssen andere Gründe eine Rolle spielen, die im folgenden Abschnitt erläutert werden.

3.1.3 Bedeutung und Vielzahl von Wahlen

Dass die Schweiz trotz der knappen Abstände zwischen den Wählerstimmenanteilen der stärksten Parteien bei den Nationalratswahlen nur äusserst tiefe Wahlbeteiligungsquoten aufweist, zeigt, dass dieses Konzept unter den Bedingungen der Konkordanz-Regierung an Grenzen stösst: Wenn über Jahrzehnte hinweg die Parteien gleich viele Sitze in der Regierung behalten, egal, ob sie Wählerstimmen gewonnen oder verloren haben, ist es kaum mehr möglich, von einer eigentlichen Wahlsiegerin zu reden (vergl. Jackman und Miller 1995: 482; Freitag 1996: 110 f.). Anders ausgedrückt: Die Knappheit des Wahlausgangs steht hierzulande nicht in direktem Zusammenhang mit der Bedeutung der Wahl, während sie andernorts ein Indikator dafür ist. Dort gilt: Wenn nur wenige oder gar nur zwei ähnlich wählerstarke Parteien um die Regierungsübernahme kämpfen, erhöht dies die Chancen auf einen Machtwechsel und somit die Bedeutsamkeit der Wahl. Das wiederum steigert für die Wähler den Anreiz, ihre Stimme abzugeben (Crewe 1981: 256). Im Gegensatz dazu lösen im schweizerischen System auch knappe Wahlen in der Regel keinen Machtwechsel aus, sondern führen allenfalls zu veränderten Sitzstärken im Parlament. Diese fehlenden Chancen auf Machtwechsel dämpfen den Parteienwettbewerb (Linder 2005: 320).

Wie bedeutend eine Wahl ist, gilt nach vorherrschender Sicht als bedeutender Erklärungsfaktor für die Wahlbeteiligung (Blais und Dobrzynska 1998: 246; Blais 2006: 120; vergl. Norris 2004: 166). Neben der Knappheit des Wahlergebnisses wird dieser in der Wahlbeteiligungsforschung auch anhand anderer Grössen operationalisiert. Beispielsweise damit, ob es nur eine Parlamentskammer gibt und, wenn nein, ob die zweite Kammer ähnliche oder gleiche Kompetenzen besitzt wie die nationale Abgeordneten-Kammer (Jackman und Miller 1995: 470 ff. ; Blais und Dobrzynska 1998: 246; Blais 2006: 114). Wenn in einem Land neben den Parlamentswahlen auch Präsidentschaftswahlen abgehalten werden und der Präsident die Regierung bildet, stellen Parlamentswahlen in den Augen der Wähler lediglich Wahlen zweiter Ordnung dar, bei denen sie entsprechend geringerem Anreiz zur Teilnahme verspüren (Blais und Dobrzynska 1998: 246; Norris 2004: 163 f. ; vergl. Blais 2006: 114). Als solche Wahlen zweiter Ordnung bezeichnen Politikwissenschaftler jene Wahlen, die im jeweiligen politischen System nicht die wichtigsten sind. Als Wahlen erster Ordnung gelten im Gegensatz dazu in Staaten mit Präsidentsystem die Präsidentschaftswahlen und in parlamentarischen Demokratien die Parlamentswahlen. Als Wahlen zweiter

Ordnung sind alle anderen Wahlen zu verstehen, etwa solche auf Gliedstaaten-, Regionen-, Provinz- oder Gemeindeebene, in EU-Mitgliedsländern auch die Wahlen zum Europäischen Parlament, ebenso wie Referendums- und Initiativabstimmungen und viele politische Wettbewerbe mehr. Zweiter Ordnung ist in diesem Kontext gleichzusetzen mit: von zweitrangiger Bedeutung. Von solchen Urnengängen ist zu erwarten, dass weniger Wähler sie als wichtig genug erachten, um eine Stimme abzugeben, als dies bei Wahlen erster Ordnung der Fall ist (Reif und Schmitt 1980: 3 f. ; Norris 2004: 163; Ladner 2011: 44).

Die meisten Resultate internationaler Vergleichsstudien bestätigen diese Annahmen: So zeigt sich bei André Blais und Agnieszka Dobrzynska (1998), die Werte für das parlamentarische System (eine oder zwei Kammern, Präsidentschaftswahlen ja oder nein) zu einem Index zusammenfassen, der vermutete negative Zusammenhang zwischen jenen Elementen, welche den Einfluss der Abgeordneten-Kammer schwächen, und der Beteiligung an den Wahlen zu diesem Parlament. Norris (2004: 164) kommt in ihrer Untersuchung von nationalen Parlamentswahlen in den 32 Ländern des CSES-Datasets zwischen 1996 und 2002 zum Ergebnis, dass die durchschnittliche Beteiligung an reinen Regierungswahlen 85 Prozent betrug und jene an kombinierten Parlaments- und Regierungswahlen 83 Prozent, während an reinen Parlamentswahlen durchschnittlich nur 74 Prozent teilnahmen. Darauf abgestellt, müsste die Wahlbeteiligung in der Schweiz, wo das Parlament wenige Wochen nach den Nationalratswahlen die Regierung wählt, deren Mitglieder aber, ähnlich wie in einem Präsidialsystem, hernach keinen Sitz im Parlament mehr haben und von diesem auch nicht abgewählt werden können, irgendwo zwischen den letzten beiden Werten, also bei 78,5 Prozent liegen. Tatsächlich betrug sie jedoch bei den Nationalratswahlen 1999, den einzigen in Norris' Untersuchungszeitraum, 42,2 Prozent (Bundesamt für Statistik 2012 a). Woher dieser Unterschied?

Die Erklärung dürfte zu einem grossen Teil in drei weiteren Faktoren zu suchen sein, welche die Bedeutung von nationalen Parlamentswahlen in der Schweiz schmälern: den lange Zeit fehlenden bis eher seltenen Wechseln in der Regierungszusammensetzung, der enormen Häufigkeit von Wahlen und Abstimmungen, die zu einer gewissen Wahlmüdigkeit führt, und natürlich der intensiven Nutzung der Direkten Demokratie selbst.

Demokratische Systeme zeichnet für gewöhnlich aus, dass in ihnen hauptsächlich infolge veränderter Mehrheitsverhältnisse in Wahlen zu Regierungswechseln kommt (Beyme 1992: 402). Besteht die Chance auf einen Regierungswechsel, sollte das sowohl die Anhänger des Regierungslagers als auch diejenigen der Opposition zur Wahlteilnahme motivieren. In Ländern mit häufigen Regierungswechseln nach einer Wahl sollte die Beteiligung daher durchschnittlich höher ausfallen als in Ländern mit einer höheren gouvernementalen Stabilität (Freitag 1996: 111). In einer bivariaten Analyse von 18 etablierten Demokratien zwischen 1975 und 1993 kann Markus Freitag (1996: 122) denn auch einen statistisch signifikanten und substantiell bedeutenden Effekt eines von ihm gebildeten Index der Regierungswechsel auf die durchschnittlichen Wahlbeteiligungsraten nachweisen, und zwar in der erwarteten negativen Richtung. In der Schweiz wurde mit der Einführung der „Zauberformel“ 1959, der danach bis 2003 unveränderten Verteilung der Regierungssitze auf die wählerstärksten Parteien, die logische Verbindung zwischen Wahlergebnissen und Regierungszusammensetzung getrennt. Eine Art Machtkartell der Parteien entstand, was beispielsweise für Mark N. Franklin (2004: 219) die zentrale Erklärung für den (Sonder-) Fall Schweiz darstellt. In Freitags Untersuchung wird der Zusammenhang möglicherweise noch dadurch verstärkt, dass die „Zauberformel“ 1973 schon 14 Jahre in Kraft war, sodass die Bedeutung der Wahlen im Bewusstsein des Elektorats bis zum Beginn des Untersuchungszeitraums bereits deutlich gelitten haben dürfte (vergl. Linder 2005: 66; Lutz 2006: 442).

Robert W. Jackman und Ross A. Miller (1995), welche die Schweiz gemeinsam mit den USA in ihrer Untersuchung zur Wahlbeteiligung in 22 hochindustrialisierten Nationen in den 1980er-Jahren als Ausreisser und Spezialfälle behandeln, erkennen eine wichtige Gemeinsamkeit zwischen den beiden „Sister Republics“ als mögliche Erklärung für ihre tiefen Wahlbeteiligungsquoten: die im Vergleich mit anderen Ländern hohe Frequenz von Wahlen. Dabei finden die häufigen Wahlen und Abstimmungen bis auf Bundesebene in der Schweiz eine diesbezügliche Entsprechung in den zahlreichen Direktwahlen und Vorwahlen für öffentliche Ämter auf den verschiedenen Staatsebenen in den USA, wo auch Richter, Generalstaatsanwälte und Sheriffs vom Volk gewählt werden und zudem in mehreren Gliedstaaten ebenfalls eine rege genutzte Direktdemokratie besteht (Jackman und Miller 1995: 483). Diese zahlreichen Wahlen und Abstimmungen führten zu einer eigentlichen Wahlmüdigkeit (Jackman und Miller 1995: 483; Norris 2004: 164) respektive „partizipatorischer

Ermüdung“ (Lutz 2006: 442). Aus Rational-Choice-Perspektive lässt sich ausserdem argumentieren, dass die Häufung von Wahlen die Wichtigkeit der einzelnen Wahl und somit auch deren Nutzen für die Wähler mindert (Caballero 2005: 342).

Empirisch konnte Pippa Norris (2004: 165) diesen vermuteten negativen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von Wahlen und der Beteiligung in der vermuteten Richtung statistisch signifikant und in substanzuell starkem Ausmass nachweisen. Dazu ist zu sagen, dass sich Norris' Untersuchung sogar „nur“ auf nationale Urnengänge bezieht. Zöge man zusätzlich die häufigen Wahlen und Abstimmungen auf Gliedstaaten- und Gemeindeebene in den beiden Ausreisser-Ländern Schweiz und USA und die damit verglichen selteneren Wahlen in anderen Ländern in Betracht, so dürfte die negative Wirkung häufiger Wahlen auf die Wahlbeteiligung gar noch stärker ausfallen.

In diesem Zusammenhang fällt eine weitere Schweizer Besonderheit ins Gewicht: Punkto Beteiligung sind lokale Wahlen in der Schweiz auch heute noch lange keine Wahlen zweiter Ordnung (Ladner 2011: 47). Andreas Ladner (2011) hat mittels Erhebungen bei Schweizer Gemeindegliedern in drei Wellen 1988, 1998 und 2009 die Wahlbeteiligungsquoten ihrer Gemeinden an den jüngsten Nationalrats-, Kantons- und Gemeindeexekutivwahlen ermittelt – und kommt zu erstaunlichen Schlüssen. So lag die Beteiligung an kommunalen Wahlen 1988 und 1998 höher als auf nationaler Ebene, und zwar sowohl, wenn man auf die Gesamtheit der Schweizer Stimmbürger abstellt, als auch, wenn man aus den Beteiligungswerten aller Gemeinden einen Durchschnittswert bildet. Auch an kantonalen Wahlen lag die Beteiligung 1988 und 1998 noch höher als an Nationalratswahlen (Ladner 2011: 45). Und noch zum letzten Befragungs-Zeitpunkt 2009 wies knapp über die Hälfte der Gemeinden bei ihren Behördenwahlen eine höhere Beteiligung auf als an Nationalratswahlen. Und das, obwohl in den 20 Jahren zwischen der ersten und der dritten Befragung der Anteil jener Gemeinden, in denen sich mehr Kandidaten zur Wahl stellten, als Sitze zu vergeben waren, um 10 Prozentpunkte sank (Ladner 2011: 47 f.). Und nach Kantonen aufgeschlüsselt ergibt sich ein überaus buntes Bild der Wahlbeteiligung auf den drei bundesstaatlichen Ebenen (Ladner 2011: 39). So gab es auch 2009 noch Kantone, an deren bis dato letzter kantonalen Parlamentswahl mehr Stimmbürger teilgenommen hatten als an den entsprechenden Nationalratswahlen: Uri und Nidwalden (Ladner 2011: 27). Dies gilt auch für die Kantone Tessin, Jura und Glarus, in denen zusätzlich auch die Beteiligung an den kommu-

nenalen Wahlen höher als an den Nationalratswahlen lag, während im Kanton Freiburg lediglich auf lokaler Ebene mehr Bürger ihre Stimme wahrnahmen (Ladner 2011: 37). Diese noch lange nicht vollständig aufgezählten Beispiele zeigen unmissverständlich: Wahlen auf den beiden unteren bundesstaatlichen Ebenen sind in der Schweiz noch lange nicht überall Wahlen zweiter Ordnung. Das wiederum schmälert die Bedeutung der Nationalratswahlen aus Wählersicht. Denn wer an lokalen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen teilnimmt, der empfindet nationale Wahlen möglicherweise als nicht mehr so wichtig – und bleibt ihnen, beansprucht von den vielen anderen Urnengängen, dann auch eher fern. Ob sich dieser vermutete Zusammenhang auf der Individual-Ebene der einzelnen Wähler auch tatsächlich zeigt, wird im Kapitel 4.1.3.1. näher beleuchtet. Aufgrund der Ergebnisse der Makro-Ebene ist hierzu zweierlei denkbar. Zum einen könnten, im Sinne der Ermüdungshypothese, Stimmbürger entweder an lokalen Wahlen teilnehmen und an Urnengängen der höheren Staatsebenen fernbleiben. Andererseits könnte aber auch der Grossteil der Wählerschaft mehr oder weniger regelmässig an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen, während die Abstinente praktisch nie teilnehmen.

Im Anschluss daran drängt sich auf, die Folgen einer (zumindest auf nationaler Ebene) weiteren Schweizer Spezialität unter die Lupe zu nehmen: der ausgebauten Direktdemokratie. Entfalten die vielen Volksentscheide auch eine Wirkung, die über jene Wahlmüdigkeit, die hier thematisiert wurde, hinausgeht? Dieser Frage ist der folgende Abschnitt gewidmet.

3.1.4 Direkte Demokratie

Neben der partizipatorischen Ermüdung schmälert die ausgebauten Direktdemokratie die Wahlbeteiligung in der Schweiz auch aus einem anderen theoretischen Grund: Volksinitiativen und Referenden schränken den Handlungsspielraum von Regierung, Parlament und Parteien potenziell ein. Die Stimmbürger wissen, dass am Ende sie es sind, die das letzte Wort haben, indem sie beispielsweise Gesetze per Referendum zu Fall bringen können oder Staatsverträgen zustimmen müssen. Daher wird über die Inhalte der Politik in der Schweiz letztlich nicht an der Wahl-, sondern an der Abstimmungsurne entschieden (Freitag 2006: 112; Caballero 2005: 342). Bei den nationalen Parlamentswahlen steht daher weniger auf dem Spiel als anderswo (Lutz 2006: 442). Wolf Linder (2005: 320 ff.) fasst die-

sen Zusammenhang als „Trade off“ zwischen Abstimmungs- und Wahldemokratie zusammen: Entweder üben die Bürger via Abstimmungen einen grossen Einfluss auf Parlamentsentscheide aus, sind dann aber zu Parlamentswahlen gerufen, die relativ bedeutungslos sind, oder umgekehrt. Doch lässt sich das empirisch belegen?

Markus Freitag (1996: 120 ff.) hat für seine bivariaten Analysen von Einflussgrössen auf die Wahlbeteiligung in 18 etablierten Demokratien zwischen 1975 und 1993 einen Index für die Häufigkeit von Referenden gebildet. Dieser übt in dieser Untersuchung einen statistisch signifikanten und substantiell nicht unbedeutenden Effekt auf die durchschnittlichen Wahlbeteiligungsraten aus, für den allerdings die Schweiz praktisch alleine verantwortlich ist. Schliesst man sie aus, so ist der Zusammenhang nicht mehr interpretierbar (Freitag 1996: 123). Da jedoch die Schweiz die unbestrittene „Weltmeisterin in Sachabstimmungen“ (Möckli 1994: 144) ist und es in allen anderen Demokratien zumindest auf nationaler Ebene zu wenige Volksentscheide gibt, um die Trade-off-Hypothese im Ländervergleich zu testen, scheint hierzu ein Blick auf die verschiedenen föderativen Ebenen der Schweiz angeraten.

Der von 1963 bis 1995 kontinuierliche Rückgang der Wahlbeteiligung an den Nationalratswahlen ging einher mit dem gleichzeitig vermehrten Gebrauch von Initiativen und Referenden. Daher liegt der Schluss nahe, dass die Stimmbürger die Wahlen in dieser Zeit wegen der häufigeren Sachabstimmungen als immer weniger bedeutend wahrnahmen und ihnen darum zunehmend fernblieben. Allerdings ging gleichzeitig auch die Beteiligung an den Abstimmungen zurück (Trechsel 2006: 462; Bundesamt für Statistik 2012 b). Dies spräche eher dafür, dass sich die „partizipatorische Ermüdung“ (siehe 3.1.3.), auch bei (zu) häufigen Abstimmungen einstellt, als dafür, dass Wahlen aus Sicht der Stimmbürger immer unwichtiger werden. Allerdings erscheint der Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Abstimmungen und der Beteiligung an ihnen um einiges weniger eindeutig zu sein, als es lange Zeit schien. So stieg doch in der jüngeren Vergangenheit die Abstimmungs-Partizipation wieder an (Trechsel 2006: 463). Und das, obwohl sich das Wachstum im Gebrauch der Volksrechte weiter fortgesetzt hat (Bundesamt für Statistik 2012 b). Gleichzeitig stieg seit dem Tiefpunkt von 1995, als nur noch 42,2 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne gingen, auch die Beteiligung an den Nationalratswahlen wieder leicht an, auf zuletzt 48,5 Prozent im Oktober 2011 (Bundesamt für Statistik 2012 a).

Tabelle 1: Anzahl der Urnengänge und durchschnittliche Stimmbeteiligung in Prozent in den Jahren seit 1995

Jahre	Anzahl Urnengänge	Stimmbeteiligung	Jahre	Anzahl Urnengänge	Stimmbeteiligung
1995	2	39.1	2004	4	46.8
1996	3	36.4	2005	3	51.2
1997	2	38.1	2006	3	40.7
1998	3	43.7	2007	2	41.2
1999	3	39.9	2008	3	43.8
2000	4	44.3	2009	4	46.2
2001	3	45.3	2010	3	44.8
2002	4	48.2	2011	1	49.2
2003	2	39.2			

Quelle: Bundesamt für Statistik (2012 b)

Tabelle 1 verdeutlicht dies: Sie zeigt die Anzahl der Volksabstimmungen und die durchschnittliche Stimmbeteiligung in den Jahren seit dem Tiefpunkt. Hier ist auch klar ersichtlich, dass die einfache Gleichung „je mehr Urnengänge, desto weniger Beteiligung an ihnen“ nicht zuzutreffen scheint. So nahmen beispielsweise 1997, als nur zwei eidgenössische Abstimmungs-Sonntage anstanden, durchschnittlich ganze 38,1 Prozent an den

Volksentscheiden teil. 2002, als das Stimmvolk viermal zu den Urnen gerufen wurde, betrug die durchschnittliche Stimmbeteiligung dagegen 48,2 Prozent.

Hier ist auch klar ersichtlich, dass die einfache Gleichung „je mehr Urnengänge, desto weniger Beteiligung an ihnen“ nicht zuzutreffen scheint. So nahmen beispielsweise 1997, als nur zwei eidgenössische Abstimmungs-Sonntage anstanden, durchschnittlich ganze 38,1 Prozent an den Volksentscheiden teil. 2002, als das Stimmvolk viermal zu den Urnen gerufen wurde, betrug die durchschnittliche Stimmbeteiligung dagegen 48,2 Prozent.

In Bezug auf kantonale Parlamentswahlen ergibt sich ein gemischtes Bild: Bei der bivariaten Analyse zeigt sich der im Sinne der Trade-off-Hypothese zu erwartende negative Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Sachabstimmungen und der kantonalen Wahlbeteiligungsquote statistisch signifikant und in substantiell durchaus bedeutendem Ausmass (Freitag 2005: 682). In einem multivariaten Modell, in dem gleichzeitig die Effekte der Kontextvariablen Wahlpflicht, Disproportionalität des Wahlsystems, effektive Wahlerfolgsschwelle, Fraktionalisierungs- sowie Polarisierungsgrad des Parteiensystems geschätzt werden, verliert der Zusammenhang jedoch seine statistische Signifikanz (Freitag 2005: 683). Eine mögliche Erklärung könnte allenfalls darin liegen, dass in einem politisch hoch fragmentierten Parteiensystem ein starker politischer Wettbewerb herrscht, in dem die Parteien Volksabstimmungen und Referenden lancieren, um sich besser zu profilieren. Ein guter Teil des Effekts des häufigen Gebrauchs der Direktdemokratie wäre dann in Wahrheit auf die Vielzahl der Parteien zurückzuführen, die um die Aufmerksamkeit des Elektorsats buhlen. Für die Beteiligung an Gemeindewahlen kommt Andreas Ladner (2011: 67) indes zum gegenteiligen Schluss: Stimmen die Bürger in einer Gemeinde häufiger über Initiativen und Referenden ab, so fällt dort die Beteiligung an den Wahlen der Gemeindebehörden höher aus. Der Effekt ist jedoch substantiell schwach und statistisch nur knapp auf dem 5-Prozent-Level signifikant. Doch zumindest kann hier der gemäss der Trade-off-Hypothese zu erwartende negative Zusammenhang nicht gezeigt werden.

Eine mögliche Erklärung dafür könnte auf einer Rational-Choice-Überlegung basieren: In den Gemeinden als kleineren Einheiten steigt die Wahrscheinlichkeit, die entscheidende Stimme abzugeben. Werden dort mehr Initiativen lanciert oder Referenden ergriffen, geht davon jene aktivierende Wirkung auf das politische Leben aus, die theoretisch von der Di-

rekt Demokratie ebenfalls zu erwarten wäre (vergl. Ladner 2011: 64). Für die Fragen, ob und, wenn ja, wie sich der unterschiedliche Gebrauch direktdemokratischer Elemente in den einzelnen Kantonen und Gemeinden auf die Wahlteilnahme der Individuen auswirkt und ob sich ein Trade-off zwischen Abstimmungs- und Wahldemokratie auch beim einzelnen Wähler nachweisen lässt, sei hier indes auf das Kapitel 4.1.3.1. verwiesen. Nach dem bisher Gesagten wird dort von besonderem Interesse sein, zu erfahren, ob bestimmte Wählersegmente tatsächlich entweder wählen oder abstimmen, was die Trade-off-These bestätigen würde. Denkbar wäre jedoch auch, dass bestimmte Wählergruppen gleichermaßen an Wahlen und Abstimmung teilnehmen, während andere Gruppen regelmässig beiden fernbleiben. Folgte dieses Partizipations-Verhalten sozioökonomischen Kriterien, wie etwa dem Bildungsgrad, so wäre dies im Sinne demokratischer Gleichheitsideale eher als problematisch einzustufen.

3.2 Merkmale der Wahlorganisation

Neben politisch-institutionellen Merkmalen ist auch der Einfluss von Institutionen der Wahlorganisation als Wahlspielregeln im engeren Sinn nicht zu unterschätzen. So wiesen Peter Selb und Romain Lachat (2004: 13) nach, dass nicht nur die zunehmende Polarisierung, sondern auch die Einführung der vereinfachten Briefwahl in mehreren Kantonen zum moderaten Anstieg der Wahlbeteiligung an den Nationalratswahlen zwischen 1995 und 2003 geführt hat. Dagegen können die Autoren die weit verbreitete Annahme, dass die in diesem Zeitraum zunehmenden Diskussionen um die Regierungszusammensetzung nach der „Zauberformel“ die Wichtigkeit der Wahlen aus Wählersicht erhöht habe und die gestiegenen Beteiligungsquoten hierauf zurückzuführen seien, auf Basis ihrer Untersuchung nicht bestätigen.

3.2.1 Wahlpflicht

In internationalen Vergleichsstudien hat sich das Bestehen der Wahlpflicht in einem Land stets als aussagekräftige Erklärungsgrösse für die Wahlbeteiligung erwiesen. Zumindest in westlichen Demokratien beträgt der Unterschied zwischen Ländern mit und jenen ohne Wahlpflicht durchschnittlich zwischen 10 und 15 Prozent (Blais 2006: 112 f.; vergl. Jackman und Miller 1995: 474; Freitag 1996: 122; Blais und Dobrzynska 1998: 246; Rose 2004: 21). In fünf der sieben Länder der Welt mit der höchsten Wahlbeteiligung ist Wählen obligato-

risch (López Pintor et al. 2002: 80). Auch Pippa Norris (2004: 169) konstatiert einen positiven Zusammenhang zwischen Wahlpflicht und -beteiligung, präzisiert jedoch, dass er sich lediglich in etablierten Demokratien zeigt – sprich: in Staaten, die mögliche Sanktionen für Zuwiderhandlungen nicht nur androhen, sondern auch durchsetzen können (vergl. Panagopoulos 2008: 466).

Die theoretische Erklärung für die Schubkraft der Wahlpflicht lässt sich auch hier auf den Rational-Choice-Ansatz zurückführen: Eine gesetzlich verankerte und mit Bussen für Zuwiderhandlungen auch durchgesetzte Wahlpflicht treibt die Kosten des Nichtwählens in die Höhe und steigert handkehrum den Nutzen der Wahlteilnahme (Norris 2004: 170; Caballero 2005: 341). Auch innerhalb der Schweiz zeigt sich dieser Zusammenhang: Sowohl an den Nationalratswahlen als auch an den Wahlen zum Kantonsparlament nehmen im Kanton Schaffhausen, dem einzigen Stand mit Stimm- und Wahlpflicht, deutlich mehr Wahlberechtigte teil als im Landesdurchschnitt (Bühlmann und Freitag: 2006: 30; Freitag 2005: 679; 2010: 437). Allerdings stellt die Wahlpflicht im Kantonsvergleich nur eine mögliche Ursache für eine höhere Wahlteilnahme dar, ist die Beteiligung an kantonalen Parlamentswahlen im Wallis und im Tessin im Durchschnitt doch noch höher als in Schaffhausen (Freitag 2005: 679; 2010: 437). Als Grund für die höhere Beteiligung in den beiden Südkantonen gilt der hohe Katholiken-Anteil in der Bevölkerung, der sich in der multivariaten Analyse denn auch substantiell als noch stärkere Einflussgrösse erweist als die Wahlpflicht (Freitag 2005: 686; 2010: 441). Mit Blick auf die mit drei Franken äusserst bescheidene Busse und die geringen rechtlichen Konsequenzen für das Nichterscheinen zu Wahlen und Abstimmungen in Schaffhausen ist zudem davon auszugehen, dass nicht die Wahlpflicht an sich, sondern vielmehr ihre indirekte Wirkung für die hohe Beteiligung rund um den Munot sorgt: Die institutionell verankerte Teilnahmepflicht hat im Lauf der Zeit dazu geführt, dass beispielsweise das politische Interesse und der Glaube an die politische Wirksamkeit höher sind als anderswo, kurz: Sie hat zur Entstehung einer ausgeprägten Partizipationskultur beigetragen (Freitag 2005: 686; 2010: 441).

3.2.2 Weitere Brems- und Zugkräfte

Internationale Vergleichsstudien sprechen neben der Wahlpflicht weiteren Bestimmungen, welche die Modalitäten der Wahlorganisation unmittelbar regeln, einen gewissen Einfluss auf die Wahlbeteiligung zu. Je nachdem, ob diese Regeln den Wählern die Stimmabgabe

vereinfachen oder ihnen umgekehrt gar zusätzliche Kosten aufbürden, sollten sie sich positiv oder negativ auf die Wahlbeteiligung auswirken, lautet die theoretische Begründung (vergl. Caballero 2005: 341; Blais 2006: 116).

So müssen sich beispielsweise Wähler in Australien, Neuseeland, Frankreich und den USA in ein eigens für die Wahlen bestehendes Register eintragen lassen, wenn sie an einer Wahl teilnehmen wollen. In den beiden ehemaligen britischen Kolonien sind sie dazu gesetzlich verpflichtet, in Frankreich und den USA erfolgt die Registrierung freiwillig. In Frankreich ist dies jedoch nur einmalig vor dem allerersten Wahlgang sowie nach einem Wohnortwechsel notwendig, in den USA dagegen vor jeder Wahl (Freitag 1996: 109). Diese strengen Registrierungsregeln werden oft als wichtigste Ursache der tiefen Wahlbeteiligungsraten in den USA angeführt (Freitag 1996: 109; Norris 2004: 172; Caballero 2005: 341). Pippa Norris (2004: 173) kommt dagegen in ihrer Analyse zum Schluss, dass sich die Registrierungsregeln weniger stark auswirken, als dies allgemein angenommen wird.

Weitere wahlorganisatorische Details betreffen etwa den Zeitpunkt und Zeitraum der Stimmabgabe, sprich, ob die Wahl an einem oder mehreren Tagen erfolgt und ob sie auf einen Werk-, Feier- oder Wochenendtag angesetzt wird. Richard Rose (2004: 21) kommt in seiner multivariaten Analyse von 233 nationalen Parlamentswahlen in EU-Mitgliedsstaaten zwischen 1945 und 2002 zum Ergebnis, dass die Beteiligung an Wahlen an arbeitsfreien Tagen um 3,9 Prozent höher liegt als an Werktagen. Auch die Möglichkeit zur Briefwahl gilt als Antreiber der Wahlbeteiligung, während es diese sogar dämpft, wenn die Stimmabgabe über mehrere Tage hinweg möglich ist. Freilich könnte dieser auf den ersten Blick erstaunliche Effekt aber auch endogen bedingt sein: Nur Länder mit traditionell tiefer Wahlbeteiligung werden eine solche Massnahme ergreifen, um die Quote zu steigern. Sie mag dann zwar möglicherweise ein wenig steigen, bleibt aber insgesamt noch immer deutlich tiefer als anderswo (Norris 2004: 173).

Dieser Effekt könnte auch in der Schweiz wirken. Denn deren tiefe Wahlbeteiligung ist mit den genannten Merkmalen der Wahlorganisation ansonsten nicht zu erklären: Um das Wahlrecht wahrzunehmen, ist hierzulande keine besondere Registrierung notwendig, die Wahlen werden am Wochenende abgehalten (mit der Möglichkeit zur Stimmabgabe über zwei Tage), und die Briefwahl wurde in der jüngeren Vergangenheit auch vereinfacht

(vergl. Selb und Lachat 2004). Und trotz all dieser positiver Faktoren und ungeachtet der leichten Zunahme, die mit der vereinfachten Briefwahl einherging, liegt die Schweiz in Sachen Wahlbeteiligung hinter ihren europäischen Nachbarn noch immer weit zurück. Daran dürfte sich im Übrigen auch kaum etwas ändern, wenn dereinst die Möglichkeit zur elektronischen Stimmabgabe (E-Voting) verbindlich und flächendeckend eingeführt würde. So kommt denn auch der Bundesrat im Abschlussbericht zu den E-Voting-Pilotversuchen in den Kantonen Genf, Neuenburg und Zürich zum Schluss, dass sich unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten nicht schlüssig beurteilen lasse, ob die Stimmbeteiligung durch E-Voting tatsächlich steige. Ob Personen, die ansonsten gar nicht oder höchst selten zur Urne gingen, auf diesem vereinfachten Wege teilnehmen würden, sei dabei die zentrale Frage (Bundesrat 2006: 5504). Die Ergebnisse der Pilotversuche sind nicht eben eindeutig. Im Kanton Zürich gaben zwar immerhin 5 Prozent der teilnehmenden E-Voter in einer Befragung an, ohne die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe hätten sie nicht an der betreffenden Abstimmung teilgenommen. Entsprechende Auswertungen im Kanton Genf ergaben jedoch, dass das E-Voting vor allem teilweise die Briefwahl substituieren, aber kaum zu einer höheren Stimmbeteiligung führe (Bundesrat 2006: 5499, 5501). Dies erstaunt auch nicht weiter, ist doch das politische Interesse als Hauptmotiv für die Stimmabgabe um einiges bedeutender als die Möglichkeit, seine Stimme elektronisch abzugeben (Linder 2005: 291).

3.3. Politisch-kulturelle Merkmale

Dass Institutionen zur Erklärung der Wahlbeteiligung beitragen, erscheint nach dem bisher Gesagten klar. Doch die Verbindung zwischen den auf die Institutionen bezogenen Kosten- und Nutzenerwägungen der Wähler auf der einen Seite und dem breiteren kulturellen Kontext, der erklärt, warum diese Erwägungen eine Rolle spielen, auf der anderen Seite ist bisher noch zu wenig verstanden worden. Als hilfreich erweisen sich dabei Überlegungen zur politischen Kultur. In dieser Perspektive basiert die Wahlteilnahme oder -abwesenheit nicht auf bewussten Kalkulationen rational denkender Individuen, sondern stellt sie eine Gewohnheit des Herzens dar, die in frühen Lebensphasen erworben und durch die Erfahrung späterer Wahlen verstärkt wird. Sie geht zudem mit Einstellungen und Werten wie etwa der Verbundenheit mit Parteien oder dem Vertrauen ins politische System einher (Norris 2004: 154).

Als Beispiel für die Wichtigkeit dieser kulturellen Ansätze gilt allgemein das Wahlrecht für Frauen: In den meisten Ländern vergingen nach dessen Einführung Jahrzehnte, bis gleich viele Frauen wie Männer an Wahlen teilnahmen. Der Grund: Sie mussten zunächst eine Bindung zu Parteien und zum politischen System entwickeln (Norris 2004: 155). Das Alter des allgemeinen Frauenwahlrechts erweist sich daher in internationalen Vergleichen auch als aussagekräftige und signifikante Erklärungsgrösse für die Wahlbeteiligung (Freitag 1996: 132; Norris 2004: 171). Die Schweiz stellt mit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen auf nationaler Ebene 1971 einen veritablen Spätzünder dar – eine nicht zu unterschätzende Ursache für die tiefe Wahlbeteiligung (Freitag 1996: 127). Denn die Folgen sind noch fast 40 Jahre später spürbar: So nahmen an den Nationalratswahlen 2007 zwar 55 Prozent der wahlberechtigten Männer, aber nur 43 Prozent der wahlberechtigten Frauen teil. Diese 12 Prozent bedeuten noch immer die grösste geschlechtsbezogene Differenz in Sachen Wahlbeteiligung aller westlichen Demokratien. Besonders erstaunlich daran ist aber, dass die Kluft seit Mitte der 1990er-Jahre nicht mehr kleiner wurde, wie dies theoretisch und nach der Erfahrung in den anderen Ländern zu erwarten wäre, sondern sogar wieder angewachsen ist (Lutz 2008: 7). Dieser Geschlechtergraben an der Wahlurne soll im Kapitel 4.1.1. näher beleuchtet werden, wenn es um die soziale Zusammensetzung der Schweizer Nichtwählerschaft geht.

Ob weitere Faktoren, die mit dem sozialpsychologischen Ansatz der Wahlforschung in Verbindung stehen, auch auf der Aggregatebene, dem Vergleich nationaler Gesellschaften, eine Rolle spielen, soll im Folgenden erläutert werden.

3.3.1 Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften

Anhänger der politisch-kulturellen Sichtweise sehen die sozio-politische Integration des einzelnen Bürgers als zentral an. Das wichtigste Medium der politischen Sozialisation bilden dabei die Vereine: Sie wirken als Schulen der Demokratie, in denen Bürger lernen, ihre Rolle als Vereinsmitglied mit jener als Staatsbürger zu verbinden. Daraus folgt, dass Vereinsmitglieder politisch besser informiert, stärker interessiert und für gewöhnlich auch politisch aktiver sind als Nichtmitglieder. Je besser integriert eine Person in vereinsmässige Netzwerke ist, desto eher sollte sie am politischen Leben im Allgemeinen und an Wahlen im Besonderen teilnehmen. Dies sollte speziell für die Mitglieder von Gewerkschaften und Parteien gelten (Freitag 1996: 113; 2005: 675; 2010: 434).

Für Gewerkschaften deswegen, weil sie ihre Mitglieder zu organisieren und mobilisieren vermögen, was zahlreiche Untersuchungen auf Individualebene belegen (Freitag 1996: 113; 2005: 676; Norris 2004: 174). Diese Vermutung bestätigt sich denn auch im internationalen Vergleich: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad, das heisst jener Prozentsatz der Arbeitnehmer, der Gewerkschaftsmitglied ist (Kriesi 2007: 276), erweist sich tatsächlich als substantiell bedeutender und statistisch signifikanter Antreiber der Wahlbeteiligung (Freitag 1996: 123). International gesehen gehört die Schweiz mit einem Organisationsgrad von 23 Prozent im Jahr 2000 jedoch zu den Ländern mit schwachen Gewerkschaften (Kriesi 2007: 277). Damit dürfte ein weiterer Faktor, der seinen Teil zur tiefen Wahlbeteiligung beiträgt, ausgemacht sein. Erstaunlicherweise verliert er jedoch an Erklärungskraft, wenn es um die Beteiligungsquoten an kantonalen Parlamentswahlen geht (Freitag 2005: 683; 2010: 438).

Auch von der Parteimitgliedschaft wäre theoretisch zu erwarten, dass sie sich auf die Wahlbeteiligung auswirkt. Zum einen, weil Parteimitglieder als Multiplikatoren wirken und möglicherweise andere Leute in ihrem Umfeld zur Wahlteilnahme motivieren können. Zum andern, weil sie selbst mit allergrösster Wahrscheinlichkeit an der Wahl teilnehmen, um ihre Verbundenheit mit ihrer Partei auszudrücken. In einem Land mit vielen Parteimitgliedern ist daher auch eine höhere Wahlbeteiligung zu erwarten als in einem Land mit nur wenigen Parteigängern (Freitag 1996: 113). Hier zeigt sich nun aber das genau umgekehrte Bild wie beim gewerkschaftlichen Organisationsgrad: Im internationalen Vergleich der Beteiligungsquoten zeitigt die Parteimitgliedschaft keinen statistisch signifikanten Effekt, im

interkantonalen aber durchaus (Freitag 1996: 123; 2005: 676; 2010: 438). Auch die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Individuum an der Nationalratswahl 2003 teilnahm, erhöhte sich, wenn in seinem Wohnkanton ein höherer Anteil von Parteimitgliedern an der Gesamtbevölkerung lebte, während jedoch die Dichte an Gewerkschaftsmitgliedern keinen statistisch eindeutigen Einfluss darauf ausübte (Bühlmann und Freitag 2006: 29).

Da die Autoren der angeführten Studien nicht erklären, warum etwa der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Kantonsvergleich nicht die erwartete Wirkung zeitigt, sei hier eine eigene Überlegung angebracht: In Ländern mit starken Gewerkschaften rekrutiert sich deren Mitgliederkreis sehr weit über die Gruppe jener Personen hinaus, die gleichzeitig auch Parteimitglieder sind. Daher übt dort möglicherweise die Gewerkschaftsmitgliedschaft einen starken Einfluss aus, der jenen der Parteimitgliedschaft überlagert. In der Schweiz dürften aufgrund der dezentralen Industrialisierung dagegen die Unterschiede in Sachen gewerkschaftlicher Organisation zwischen den einzelnen Kantonen eher gering ausfallen (vergl. Katzenstein 1985). Zudem dürfte es sich bei den, verglichen mit anderen Ländern, wenigen Gewerkschaftlern oft gleichzeitig um Parteimitglieder handeln, sodass sich die Effekte beider Variablen überlagern, jener der Parteimitgliedschaft aber überwiegt. Dazu kommt, dass die Messung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades in den interkantonalen Vergleichen Gewerkschaftsmitglieder unabhängig von ihrer Nationalität erfasst (Freitag 2005: 681; 2010: 443). Hier ist die Vermutung naheliegend, dass es sich bei überdurchschnittlich vielen Gewerkschaftsmitgliedern um Ausländer ohne Stimm- und Wahlrecht handelt. Der Einfluss der Mitgliedschaft auf die Wahlbeteiligung liesse sich daher nur verzerrt erfassen. Diese vermuteten Zusammenhänge zu prüfen, böte einen Ansatzpunkt für eine weitere Arbeit, würde aber den Rahmen der hier vorliegenden sprengen.

Dass die Parteimitgliedschaftsquote sich so eindeutig und positiv auf die Wahlbeteiligung an den kantonalen Parlamentswahlen auswirkt, lässt sich indes damit erklären, dass Kantone ein kleineres Gemeinwesen bilden als Staaten. Schliesslich fällt es in einem kleinen Gemeinwesen den Parteien und Kandidaten leichter, Wähler zu mobilisieren, nicht zuletzt auch durch persönliche Kontakte (Blais 2006: 117). Wenn sie also dort in der Lage sind, Mitglieder und Helfer zu rekrutieren und diese aktiv tätig werden, dürfte das in einem kleineren Gemeinwesen für ein Plus an Beteiligung sorgen. Ein Indiz dafür ist auch die Beobachtung auf lokaler Ebene, wonach sich in den einzelnen Gemeinden verschiedene Parti-

zipations-kulturen herausbilden, sprich: in bestimmten Gemeinden sehr viele Bürger an Wahlen teil-nehmen und in anderen nicht (Ladner 2011: 41). Eine solche Partizipationskultur ist daran erkennbar, dass in einer Gemeinde die hohe Beteiligung an lokalen Wahlen in der Regel auch mit einer hohen Beteiligung an kantonalen Wahlen und in geringerem Ausmass auch mit einer solchen an Nationalratswahlen einhergeht (Ladner 2011: 55). Diese Unterschiede könnten durchaus auch durch das am einen Ort vorhandene und am anderen Ort fehlende Engagement von Parteimitgliedern an der Basis erklärbar sein. Schliesslich haben verschiedene Studien jüngerer Datums aufgezeigt, dass sich eine aktive Wahlkampf-führung von Parteien und Kandidaten durchaus förderlich auf die Wahlbeteiligung auswirkt, auch wenn dies in der Politikwissenschaft zuvor lange Zeit abgestritten worden war (Caldeira et al. 1990; Franklin 2004: 24).

3.3.2 Beteiligungskultur: Gewohnheitsbildung und Kohorteneffekte

Wie in 3.3. bereits erwähnt, entsteht der Entscheid, an einer Wahl teilzunehmen oder eben nicht, nicht nur auf Basis einer rationalen Kosten-/Nutzenkalkulation, sondern er hat auch viel mit politischer Sozialisation und Gewohnheitsbildung zu tun. Dabei spielen neben der familiären und gesellschaftlichen Herkunft auch sich selbst verstärkende Prozesse eine Rolle. So ist die allererste Wahlteilnahme mit höheren Transaktionskosten verbunden als die späteren: Die Erstwähler müssen sich etwa darüber informieren, wie sie formell korrekt wählen, wo sich ihr Wahllokal befindet und worin sich die einzelnen Parteien unterscheiden. Schon bei der darauf folgenden Wahl fallen diese Kosten für sie bereits tiefer aus. Zudem ist denkbar, dass die einzelnen Wähler von der ersten Wahlteilnahme an einen psychologischen Nutzen verspüren, der sich von Wahl zu Wahl steigert, bis sie am Ende gar eine Art „Wahlsucht“ (Denny und Doyle 2009: 19) verspüren. Dies wird zwar zum Teil durch einen gewissen Lebenszyklus-Effekt relativiert, der dafür sorgt, dass mit zunehmendem Alter die gesellschaftliche Integration und damit die Wahlteilnahme-Wahrscheinlichkeit einer Person stärker werden. Doch diesem entgegenlaufend sind auch Kohorteneffekte im Sinne des sozialpsychologischen Ansatzes der Wahlforschung nachweisbar, beispielsweise bei einer Panel-Studie im Kanton Genf (Tawfik et al. 2011: 16). Kohorten- oder Generationeneffekte ent-stehen in diesem Zusammenhang dadurch, dass ein bestimmtes historisches, wirtschaftliches, kulturelles oder politisches Ereignis das politi-

sche Verhalten einer bestimmten Altersgruppe in der Regel während der formativen Phase ihrer Jugend prägt. Noch lange danach lassen sich dann im Verhalten dieser Generation Muster erkennen, die sich auf diese gemeinsame Erfahrung und die damit verbundene Internalisierung gemeinsamer Werte und Normen zurückführen lassen (Tawfik et al. 2011: 5). Diese Effekte der Sozialisation sind zum einen für die Entwicklung und Ausprägung des Wahlverhaltens, zum anderen aber auch für dessen Bewahrung von zentraler Bedeutung (Franklin 2004: 20).

Kohorteneffekte und die in deren Folge einsetzende Gewohnheitsbildung dürften daher auch neben allen institutionellen Faktoren zur Ausprägung und vor allem zum Fortbestand der unterschiedlichen Partizipationskulturen in den Kantonen und Gemeinden (siehe 3.2.1. und 3.3.1.) beigetragen haben. Aber auch im Nationenvergleich ist zu beobachten, dass unterschiedliche Wahlbeteiligungs-Niveaus über längere Zeit konstant bleiben (Freitag 1996: 118). Dies lässt auf die Existenz von nationalen Partizipationskulturen schliessen. So galt beispielsweise in Deutschland und Österreich Wählen lange Zeit als gute Bürgerpflicht und damit als informelle soziale Norm (Freitag 1996: 118; Bauer 2004: 6). Geben ältere Wähler eine solche Norm an die jüngeren Generationen weiter, erscheint es wahrscheinlich, dass diese ebenfalls die Norm des Wählen-Müssens übernehmen. Daraus ergibt sich die Hypothese, dass sich aktuelle Unterschiede der Wahlbeteiligung im Nationenvergleich nicht zuletzt auch auf ebensolche Unterschiede in vorangegangenen Zeitabschnitten zurückführen lassen (Freitag 1996: 118). In den Ergebnissen seiner Studie findet Markus Freitag diese Annahme bestätigt. Je niedriger in einer der von ihm untersuchten 18 westlichen Industrienationen die durchschnittliche Wahlbeteiligung zwischen 1960 und 1974 lag, desto tiefer war sie dann auch während seines eigentlichen Untersuchungszeitraums 1975 bis 1993 (Freitag 1996: 124). Dies gilt auch für die Referendums- und Konkordanz-Demokratie Schweiz, in der die Beteiligung an den Nationalratswahlen bereits 1963 im internationalen Vergleich tiefer 66,1 Prozent betrug. 1967 lag sie bei 65,7 Prozent, bevor sie 1971, als die Frauen erstmals teilnehmen durften, auf 56,9 Prozent absackte und in der Folge weiter sank (Bundesamt für Statistik 2012 a). In der Geschichte noch weiter zurückgehend, kommt Benno Schneider (1984: 131) mit Blick auf die Schwankungen und tiefen Beteiligungsraten an Nationalratswahlen schon im 19. Jahrhundert zum Schluss: „Das Bild vom Volk an der Urne stimmt also nicht. Es hat nie gestimmt.“

3.4. Zwischenfazit

In seinem Review-Artikel über Studien, die sich mit den Ursachen für die unterschiedliche Wahlbeteiligung im Nationenvergleich beschäftigen, kommt André Blais (2006: 111) zum ernüchterten Fazit, dass viele Ergebnisse der Ländervergleichsstudien nicht robust sind, oder, falls sie es doch sind, keine überzeugenden Begründungen auf Individualebene dafür vorliegen. So gesehen erscheint es auch nicht weiter verwunderlich, dass bisher noch keine allumfassende und in ihrer Stärke schätzbare Erklärung der tiefen Wahlbeteiligung in der Schweiz besteht. Zwar gibt es mehrere starke theoretische Argumente, zu denen auch empirische Anhaltspunkte existieren, aber auf Basis der bisherigen Studien zum Thema kann kaum genau gesagt werden, welcher Faktor zu welchem Grad für den Sonderfall in Sachen Partizipation verantwortlich ist. Und als solcher muss die Schweiz angesichts ihres sozioökonomischen Entwicklungsniveaus, aber auch angesichts des Proporz-Wahlsystems und der Art und Weise, wie sie ihre Wahlen organisiert, gelten. All diese Faktoren sprächen nämlich dafür, dass regelmässig weitaus mehr als die zuletzt 48,5 Prozent vom Oktober 2011 ihr Wahlrecht an den Nationalratswahlen ausüben (Bundesamt für Statistik 2012 a).

Der noch immer eher vage Charakter der Ergebnisse liegt zum Grossteil daran, dass bedeutende Vergleichsstudien die Schweiz gemeinsam mit den USA als Ausreisser aus ihren multivariaten Analysen ausschliessen (Jackman und Miller 1995; Blais und Dobrzynska 1998). So kann einzig auf Basis einer Studie von Pippa Norris (2004: 165) klar festgehalten werden, dass die partizipatorische Ermüdung durch die im Ländervergleich zahlreichen Wahlgänge eine wichtige Rolle spielt. Dank Markus Freitags bivariater Analyse lässt sich bei aller gebotenen Vorsicht mit diesem Verfahren aufgrund der Stärke und statistischen Signifikanz der Effekte vermuten, dass die fehlenden Regierungswechsel, die häufigen nationalen Referenden, die späte Einführung des Frauenwahlrechts sowie der schwache Organisationsgrad der Gewerkschaften die Wahllust der Schweizer im internationalen Vergleich stark dämpfen. Zudem herrscht im Lande bereits eine Kultur der Nichtteilnahme, die künftigen Wählergenerationen die Wahlabstinenz als gesellschaftlich akzeptabel erscheinen lässt (Freitag 1996: 121). Genauere Schlussfolgerungen könnte eine multivariate Analyse ergeben, aus welcher der Ausreisser Schweiz nicht ausgeschlossen würde – ein möglicher Ansatz für die weitere Forschung zum Thema.

4. Das Problem der tiefen Wahlbeteiligung in der Schweiz

Nach nahezu jedem Wahltag, an dem die Beteiligung tiefer lag als zuletzt, sind besorgte Kommentare über den deplorablen Zustand der Demokratie im betreffenden Land zu lesen und hören. Der Grund: Eine tiefe Wahlbeteiligung wird als schlecht für die Demokratie erachtet, entweder per se, oder weil sie die Legitimität des Systems infrage stellt. Auch mit der staatsbürgerlichen Gesinnung der Bürger eines Landes, ihrem Engagement für demokratische Normen und Pflichten schein es angesichts verbreiteter Wahlabstinz nicht weit her zu sein (Franklin 2004: 1 f.). So gesehen müsste es um die Schweizer Demokratie ja schlimm stehen, wenn seit nun schon 40 Jahren regelmässig über die Hälfte der Staatsbürgerinnen und -bürger nicht an den Nationalratswahlen teilnimmt. Doch wie problematisch ist die hierzulande weitverbreitete Wahlabstinz tatsächlich? Diese Frage steht im Mittelpunkt dieses Kapitels. Aus dem Vorangegangenen lässt sich bereits folgern, dass es weniger etwaige antidemokratische Gesinnungen sind, die über die Hälfte des Schweizer Elektorsats vom Gang an die Wahlurnen abhalten. Der internationale Vergleich lässt viel eher darauf schliessen, dass das spezielle institutionelle Arrangement mit starker Direkt-demokratie und wohl einzigartig konstanter und übergrosser Regierungskoalition, um nur die prominentesten Faktoren zu nennen, dafür verantwortlich ist. Um dies zu überprüfen, wird im Folgenden die Schweizer Nichtwählerschaft näher betrachtet. Daran anschliessend wird die Problemhaftigkeit unter dynamischer Hinsicht erörtert: Befindet sich die Wahlbeteiligung tatsächlich in einem so kontinuierlichen Abwärtstrend, dass sie in nicht allzu ferner Zukunft eine kritische Marke unterschreiten könnte?

4.1 Typologie Schweizer Nichtwähler

Um Aussagen darüber zu treffen, wie problematisch die tiefe Wahlbeteiligung in der Schweiz tatsächlich ist, scheint zunächst einmal eine Analyse der Nichtwählerschaft angebracht. Steckt hinter ihrem Fernbleiben tatsächlich die vielzitierte Politikverdrossenheit? Sind die Nichtwähler so unzufrieden, dass sie sich gar dauerhaft vom System abgewandt haben, oder verbergen sich hinter ihrer Nichtteilnahme ganz andere Motive? Neben diesem Blick auf ihre Einstellungen interessiert vor allem die Zusammensetzung der Nichtwählerschaft: Sind sie gleichmässig über alle Altersstufen, Einkommens- und Bildungsniveaus verteilt und nehmen auch über 40 Jahre nach Einführung des Wahlrechts für Frauen noch

immer deutlich mehr Männer an den Wahlen teil? Beständen diesbezüglich Verzerrungen, wäre dadurch die gleichmässige Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen nur unzureichend verwirklicht (vergl. Franklin 2004: 2). Schliesslich erscheint von Interesse, ob sich die Nichtteilnahme auf nationale Wahlen beschränkt? Die Schweizer Besonderheit, dass in einigen Kantonen noch immer mehr Wähler an lokalen und/oder kantonalen Wahlen teilnehmen, lässt es möglich erscheinen, dass hierzulande nationale Urnengänge für einige Wähler Wahlen zweiter Ordnung darstellen und sie ihnen deswegen fernbleiben (siehe 3.1.3.). Vom Gebrauch direktdemokratischer Institutionen könnte eine ähnliche Wirkung auf die Wahlteilnahme ausgehen (3.1.4.). Zusätzlich hat sich das Repertoire politischer Partizipation in den vergangenen Jahrzehnten erweitert (Van Deth 2006: 169; Van Deth 2009: 156). Daher scheint es denkbar, dass einige Wahlberechtigte andere Formen bevorzugen als das Ausfüllen des Wahl- und Stimmzettels, um ihre politischen Präferenzen auszudrücken. Unter normativen Prämissen, die Demokratie mit Partizipation verbinden, wäre dies als weniger problematisch einzustufen, als wenn sich Bürger völlig in die private Sphäre zurückzögen.

4.1.1 Einstellungen

Marc Bühlmann, Markus Freitag und Adrian Vatter (2003) gingen davon aus, dass sich die Schweizer Nichtwählerschaft in verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen sozialstrukturellen Merkmalen und sozialpsychologischen Motiven unterteilen lässt. Mittels einer Clusteranalyse gelang es ihnen, sechs Typen von Nichtwählern herauszubilden. Auf Basis einer Nachwahl-Befragung zu den Nationalratswahlen 1999 ermittelten sie dabei aus den Antworten auf Fragen zu verschiedenen Variablen mittels einer Faktorenanalyse vier relevante Faktoren: Erstens das aktive politische Interesse, zu dem neben dem allgemeinen politischen Interesse auch das Interesse am Wahlkampf oder die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen auf kantonaler und lokaler Ebene gehören. Den zweiten Faktor bezeichnen die Autoren als politische Kompetenz, worunter sie die Vertrautheit mit dem Wahlvorgang, politisches Grundlagenwissen und das Kennen der Kandidaten verstehen. Den dritten Faktor bildet die Systemzufriedenheit, unter der sie die Zufriedenheit mit dem politischen System an sich sowie jene mit dessen Akteuren zusammenfassen. Der vierte Faktor schliesslich beinhaltet Variablen der materiellen und ideellen Ressourcen (Bühlmann et al. 2003: 38).

Die mit einem Drittel zahlenmässig grösste Gruppe bilden die *politisch Desinteressierten*, die sich auch zu Wahlkampfzeiten nicht mit Politik beschäftigen, kaum Medien nutzen, Wahlen als unwichtig einschätzen und dementsprechend auch keine Wahlnorm verspüren. Sie nehmen auch an lokalen Wahlen und Abstimmungen nicht teil und fühlen sich von den Parteien nicht repräsentiert, mehr als zwei Drittel von ihnen erachten sie jedoch als notwendig für das politische System. Mit diesem System, der Demokratie, sind sie denn auch im überdurchschnittlichen Ausmass zufrieden, weshalb man sie als parteien-, aber nicht als politikverdrossen einstufen kann (Bühlmann et al. 2003: 45).

Mit dem Funktionieren der Demokratie überaus zufrieden sind auch neun von zehn der mit 10 Prozent der Nichtwählerschaft eher kleinen Gruppe der *Sozial Isolierten*. Ihnen sind sogar die Politiker sympathisch, sie haben grosses Vertrauen in die politischen Institutionen und zeichnen sich im Gegensatz zu den anderen Nichtwähler-Typen durch eine ausgesprochen konservative Werthaltung aus. Sie bleiben den Wahlen in erster Linie aufgrund ihrer überaus geringen Ausstattung mit Ressourcen wie Bildung und Einkommen und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Desintegration fern (Bühlmann et al. 2003: 45 f.).

Geringe kognitive Ressourcen verbunden mit äusserst tiefem politischen Grundlagenwissen und rudimentären Kenntnissen der Kandidaten zeichnen jene rund 14 Prozent der Nichtwähler aus, die sich als die *Inkompetenten* beschreiben lassen. Wie die Sozial Isolierten sind auch sie mit dem System und den Politikern in überdurchschnittlichem Mass zufrieden und vertrauen ihnen. Im Gegensatz zur vorgenannten Gruppe haben sie aber überdurchschnittlich hohe Einkommen und Bildungsabschlüsse und interessieren sich sogar sehr für Wahlkämpfe. Eine wichtige Erklärung für ihre Wahlabstinenz könnte dagegen in ihrem tiefen Durchschnittsalter liegen (Bühlmann et al. 2003: 46 f.).

Die eigentlich *Politikverdrossenen* bilden mit 7 Prozent die zahlenmässig kleinste Nichtwählerfraktion. Sie geben an, mit der Demokratie unzufrieden zu sein, den Herrschenden und den Parteien zu misstrauen und sich von ihnen auch nicht repräsentiert zu fühlen. Auf die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen verzichten sie – auf allen Staatsebenen – eher bewusst. Abgesehen davon teilen sie mehrere Charakteristika mit der grössten Gruppe, den politisch Desinteressierten, so etwa das geringe Interesse an Politik, den tiefen Kenntnisstand über die Kandidaten und die schwache Mediennutzung (Bühlmann et al. 2003: 47).

Mit 17 Prozent schon deutlich bedeutender ist die Gruppe der *Protestierenden*. In ihr befinden sich überdurchschnittlich viele Personen mit mittlerem oder hohem Bildungsniveau, die ausserdem ein überdurchschnittlich hohes Interesse an Politik und Wahlkämpfen haben. Gemeinsam mit den Politikverdrossenen sind sie von allen sechs jedoch am unzufriedensten mit dem politischen System und dessen Akteuren. Im Gegensatz zu ihnen sowie zu allen anderen Typen beschränkt sich ihre Abstinenz jedoch auf Wahlen, während sie überdurchschnittlich oft an Abstimmungen teilnehmen. Auch durch ihre eher im links-postmaterialistischen Spektrum angesiedelten Einstellungen unterscheiden sie sich von den meisten anderen Nichtwählergruppen (Bühlmann et al. 2003: 49).

Die mit 19 Prozent zweitgrösste Gruppe schliesslich bilden die *Alternativ Partizipierenden*. Bei ihnen spräche eigentlich vieles für eine Wahlteilnahme: Innerhalb der Nichtwählerschaft verfügen sie über das höchste Bildungs- und Einkommensniveau sowie über das höchste politische Interesse. Auch ihre intensive Mediennutzung, das grosse politische Grundwissen, ihre positive Einstellung gegenüber Wahlen und ihre rege Teilnahme an kantonalen Wahlen liessen darauf schliessen, dass sie auch auf nationalem Niveau ihre Stimme abgeben. Das tun sie auch, allerdings nur, wenn es sich um Abstimmungen handelt. Zudem beteiligen sie sich sehr rege an lokalen Urnengängen. Dies lässt darauf schliessen, dass sie um die relative Bedeutungslosigkeit der Nationalratswahlen wissen und die Teilnahme an diesen bewusst durch alternative Möglichkeiten der Partizipation nutzen. Ein Indiz dafür ist auch, dass sie ihre eigene politische Wirksamkeit als hoch einschätzen (Bühlmann et al. 2003: 49 f.).

Zusammenfassend lässt sich dank dieser Typologie unschwer erkennen, dass die Schweizer Nichtwählerschaft keinesfalls einen einheitlichen Block bildet. Das Bild von der „Partei der Nichtwähler“ ist daher überaus schief und stellt eine grobe Vereinfachung dar (Bühlmann et al. 2003: 36). Dies lässt sich auch über das Schlagwort der „Politikverdrossenheit“ sagen, sind doch nur gerade einmal 7 Prozent und damit die kleinste Gruppe unter den Nichtwählern mit den Parteien, Politikern und dem System Demokratie an sich unzufrieden. Auch die Frage, ob die tiefe Wahlbeteiligung in der Schweiz im Sinne der Krisenhypothese (siehe 2.2.) als Zeichen einer tiefgreifenden Krise des politischen Systems zu werten ist, lässt sich mit Blick auf die Einstellungen der Nichtwählerschaft getrost mit einem „Nein“ beantworten. Denn sowohl die *Politisch Desinteressierten* als auch die *Sozial Desintegrierten*, die

Inkompetenten und die *Alternativ Partizipierenden* äussern ein hohes Vertrauen und eine grundsätzliche Zufriedenheit mit dem System Demokratie – und zusammen machen diese Gruppen über drei Viertel der Nichtwähler aus (Bühlmann et al. 2003: 58). Und dass auch die *Protestierenden* (17 Prozent), die mit dem System in grösserem Masse unzufrieden sind, die direktdemokratischen Instrumente nutzen und sie gemeinsam mit den *Alternativ Partizipierenden* (19 Prozent) lediglich den Nationalratswahlen regelmässig fernbleiben, lässt die tiefen Wahlbeteiligungsraten an der nationalen Parlamentswahl auch als weniger dramatisch erscheinen. Sind so doch gemeinsam 36 Prozent der Nichtwähler zumindest teilweise am politischen Entscheidungsprozess beteiligt und fällt somit der Anteil jener, die sich nie auf offiziellem Weg äussern, in Wahrheit kleiner aus, als es auf den ersten Blick scheint.

4.1.2 Soziale Zusammensetzung

In einem viel zitierten und diskutierten Artikel konstatiert Arend Lijphart (1996), dass tiefe Wahlbeteiligung stets auch mit ungleicher Beteiligung einhergeht. Zwar gelte der Befund in besonderem Masse für die USA, aber er zeige sich auch in anderen Demokratien (1). Dabei zeige sich entgegen ursprünglicher Annahmen, dass die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme mit dem sozioökonomischen Standard wachse, sprich: Je reicher und gebildeter eine Person ist, desto eher nimmt sie an Wahlen teil (Lijphart 1996: 2). Als problematisch wertet er die ungleiche Wahlbeteiligung vor allem in Hinblick auf konkrete Politikergebnisse. Nach dem Motto „Wer nicht wählt, der nicht zählt“ hätten alle Studien, welche dies untersucht haben, starke Anzeichen dafür gefunden, dass tiefe Wahlbeteiligungsraten zu einer Steuer- und Sozialpolitik zum Vorteil von wohlhabenden und privilegierten Wählern und zum Nachteil der Unprivilegierten führe (Lijphart 1996: 5). Zeigt sich diese Problematik der ungleichen Beteiligung auch in der Schweiz, der einzigen etablierten Demokratie mit einer noch tieferen Wahlbeteiligung auf nationaler Ebene als den USA? Gemäss der Hypothese, dass die Wahlbeteiligung desto ungleicher ausfällt, je tiefer sie gesamthaft ist, müsste die Repräsentation unterer Einkommens- und Bildungsschichten noch weniger gegeben sein als in den USA.

Tatsächlich scheint auch hierzulande keine gleichmässige Wahlbeteiligung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen vorzuliegen. So nahmen an den Nationalratswahlen 2007 insgesamt 48,3 Prozent aller Wahlberechtigten teil. In der Einkommensgruppe bis 3000 Franken

pro Monat waren es aber lediglich 35 Prozent, in jener von 3001 bis 5000 Franken 44 Prozent. Erst in der höchsten Einkommensklasse (9000 Franken und höher) beteiligten sich mit 58 Prozent überdurchschnittlich viele Personen. Ein noch konturenschärferes Bild ergibt sich in Bezug auf das Bildungsniveau: Nur 35 Prozent jener Befragten, die lediglich die obligatorische Schulzeit und/oder eine Anlehre absolviert haben, nahmen an der Wahl teil sowie 43 Prozent der Befragten mit abgeschlossener Berufslehre, aber stolze 61 Prozent der Maturanden, Fachhochschul- und Universitätsabsolventen. In Sachen Alter zeigt sich wie in fast allen Untersuchungen weltweit, dass die Beteiligungswahrscheinlichkeit mit dem Alter steigt. Bis einschliesslich der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen bleibt die Beteiligung unter 40 Prozent, während die 55- bis 64-Jährigen zu 60 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen (Lutz 2008: 7 f.). Eine helvetische Besonderheit im internationalen Vergleich zeigt sich in Bezug auf das Alter jedoch: Während allgemein von einem kurvilinearen Zusammenhang ausgegangen wird, da über 70-Jährige aus gesundheitlichen Gründen und wegen schlechterer sozialer Integration seltener an Wahlen teilnehmen als die nächsttieferen Altersklassen (vergl. Freitag 2005: 678; Freitag und Stadelmann-Steffen 2007: 202; Ladner 2007: 216; Tawfik et al. 2011: 5), erweisen sich Schweizer Senioren als überaus rüstige Demokraten. 2007 bildeten nämlich die über 75-Jährigen mit 62 Prozent diejenige Altersgruppe mit der höchsten Wahlbeteiligung (Lutz 2008: 7 f.). Eklatant bleibt auch, wie bereits erwähnt, der Geschlechtergraben mit zu 55 Prozent teilnehmenden Männern, aber lediglich 43 Prozent der weiblichen Stimmberechtigten, die sich beteiligen (Lutz 2008: 7).

In multivariaten Analysen ergibt sich dagegen ein differenziertes Bild des Einflusses dieser Individualmerkmale: So hatten etwa alle sozioökonomischen Faktoren, abgesehen vom Alter, keine statistisch signifikanten Auswirkungen mehr auf die Wahlteilnahme an den Nationalratswahlen 2003, wenn gleichzeitig mit Geschlechtszugehörigkeit, Bildungsgrad und Einkommen auch verschiedene Einstellungsvariablen wie das Vertrauen ins Parlament oder das politische Interesse mit berücksichtigt werden (Bühlmann und Freitag 2006: 27). Zu anderen Schlüssen kommen jedoch Andreas Ladner (2007: 218) in seiner Untersuchung der individuellen Wahlbeteiligung an lokalen und nationalen Wahlen sowie Markus Freitag und Isabelle Stadelmann-Steffen (2007: 202) bei ihrer Mehrebenen-Analyse der individuellen Beteiligung an kantonalen Parlamentswahlen: Alter und Bildungsgrad erweisen sich in beiden Studien und bei Wahlen auf allen gliedstaatlichen Ebenen als statistisch signifikante

und in die erwartete positive Richtung wirkende Faktoren. Das Geschlecht übt dagegen keinen nachweisbaren Einfluss in diesen Kausalmodellen aus, die ebenfalls Einstellungsvariablen wie etwa das politische Interesse und Vertrauen oder die Zufriedenheit mit dem politischen System enthalten. Dies bestätigt einen früheren Befund zum Geschlechtergraben in Sachen Beteiligung an den Nationalratswahlen 2003, wonach die politischen Einstellungen und Motive den grössten Beitrag zur Erklärung der Geschlechterdifferenz bei der Wahlbeteiligung beitragen. Anders ausgedrückt: Wenn Frauen gleich interessiert an Politik sind, gleich zufrieden mit dem politischen System und über das gleiche Wahl-Know-how verfügen, dann gehen sie auch mit nahezu gleicher Wahrscheinlichkeit zur Wahl wie die andere Hälfte der wahlberechtigten Einwohnerschaft (Engeli et al. 2006: 235). Dass bei Marc Bühlmann und Markus Freitag (2006) einzig das Alter einen statistisch nachweisbaren Einfluss auf die Wahlbeteiligung an Nationalratswahlen ausübt, diese gemäss Ladner (2007) jedoch auch vom Bildungsgrad des Individuums beeinflusst wird, erscheint erklärungsbedürftig. Der mögliche Grund: Bühlmann und Freitag kontrollieren zusätzlich auch für das Einkommen. Da Einkommen und Bildung jedoch stark zusammenhängen, ist davon auszugehen, dass sich ihre Effekte überlagern und daher beide Variablen an Erklärungskraft verlieren.

Dass sozioökonomische Variablen an statistischer Signifikanz verlieren, wenn in einem Modell auch für Einstellungen kontrolliert wird, sollte indes nicht zum Schluss verleiten, dass Bildung, Einkommen und Geschlecht unbedeutend sind. Vielmehr lässt sich daraus auf die Existenz von Kompositions-Effekten schliessen. Ein solcher besteht beispielsweise darin, dass Frauen in jenen Gruppen, die am wahrscheinlichsten der Wahl fernbleiben, nämlich jenen mit schwacher politischer Motivation, überrepräsentiert sind (Engeli et al. 2006: 229). Mit Blick auf die gesamte Nichtwählerschaft stellen denn auch Marc Bühlmann, Markus Freitag und Adrian Vatter (2003) gemeinsame Merkmale aller ihrer sechs Typen fest, die sowohl sozioökonomische Charakteristika als auch Einstellungen umfassen: einen eher unterdurchschnittlichen sozioökonomischen Status, vor allem ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau, verbunden mit einem eher geringen Interesse an Politik und schwachem Polit-Wissen. Und: Frauen befinden sich innerhalb der Nichtwählerschaft in der Mehrheit (Bühlmann et al. 2003: 44).

Dabei gelten Wahlen aufgrund der relativen Einfachheit des Verfahrens noch als die egalitäre Form der Partizipation (Lijphart 1996: 1; Jörke 2007: 86). Deshalb sei an dieser Stelle auch auf die Zusammensetzung der Stimm-/ respektive Nicht-Stimmbürgerschaft an Sachabstimmungen eingegangen, die ja im halb-direktdemokratischen System der Schweiz von zentraler Bedeutung sind. Hier akzentuiert sich die von den Wahlen bekannte ungleiche Beteiligung: An den meisten Abstimmungen nehmen deutlich mehr ältere als jüngere Stimmbürger teil, in der Hälfte der Abstimmungen auch mehr Männer als Frauen. Untere Berufs-, Einkommens- und Bildungsschichten beteiligen sich deutlich weniger als obere. Und vor allem: In den allermeisten Abstimmungen mit tieferer Beteiligung wird diese Ungleichheit noch grösser. Ein Grund dafür: Bei einfachen und viel diskutierten Vorlagen fällt es auch den weniger Gebildeten leichter, eine eigene Meinung zu entwickeln. Bei komplizierten Vorgaben fällt ihnen dies schwerer, sodass sie eher darauf verzichten, ihren Stimmzettel abzugeben. Kurz gesagt singt „der Chor der schweizerischen direkten Demokratie mit einem eindeutigen Mittel- und Oberschichtakzent“ (Linder 2005: 289 f.). Als problematisch erscheint daher weniger die tiefe Stimmbeteiligung an den Abstimmungen an sich, sondern vielmehr die ungleiche Beteiligung der verschiedenen Bevölkerungssegmente, die sich bei Vorlagen mit insgesamt tiefer Beteiligung noch verstärkt (Linder 2006: 117).

Gilt dies auch bei unkonventionellen Formen der Partizipation, wie etwa der Teilnahme an Demonstrationen, Blockaden und Boykotten oder der Kontaktaufnahme mit Politikern? Sie haben in den vergangenen Jahrzehnten infolge der partizipatorischen Revolution der 1970er-Jahre teilweise zulasten der konventionellen Formen (Wahl- und Abstimmungsteilnahme) an Bedeutung gewonnen (Bauer 2004: 5; vergl. Riederer 2006: 377; vergl. Van Deth 2009: 150 f.). Der Partizipationsforscher Jan van Deth (2006: 185; 2009: 154) kommt diesbezüglich zum vorsichtigen Schluss, dass sämtliche, also auch die unkonventionellen Partizipationsformen Prozessen der „selektiven Rekrutierung“ unterliegen. Ressourcen wie Zeit, Geld und kognitive Kompetenzen, die soziale Integration und das Gefühl, politisch etwas bewirken zu können, sind auch für unkonventionelle Beteiligung entscheidend (Van Deth 2009: 155). So machen weniger gebildete Personen seltener bei Konsum-Boykotten oder Demonstrationen mit (Jörke 2007: 86). Bernhard Riederer (2006: 395) stellt in seiner Vergleichsstudie zu verschiedenen Partizipationsformen in sechs Ländern, zu denen auch die Schweiz gehört, fest, dass ein höheres Bildungsniveau in allen Ländern die Bereitschaft zu unkonventioneller Partizipation in der Tendenz stärkt. Zudem kann er nachweisen, dass

in der Schweiz (ebenso wie im östlichen Nachbarland Österreich) ein höheres Einkommen eindeutig die Teilnahme-Wahrscheinlichkeit an Formen unkonventioneller Partizipation steigert (Riederer 2007: 396). Auch auf lokaler Ebene und zwischen den Geschlechtern zeigen sich bei den alternativen Partizipationsformen Unterschiede: So nehmen Männer mit höherer Wahrscheinlichkeit Kontakt zu Gemeindepolitikern auf und reichen deutlich eher Beschwerden ein als Frauen. Zudem neigen Ältere eher dazu, Kontakt zu einem Politiker aufzunehmen (Ladner 2007: 235).

Insgesamt lässt sich sagen, dass auch in der Schweiz die politische Partizipation in sozio-ökonomischer Hinsicht ungleich verteilt ist, und zwar sowohl jene an Wahlen als auch jene an Abstimmungen und an unkonventionellen Partizipationsformen. Was Abstimmungen angeht, scheint sich hierzulande auch der von Lijphart (1996) postulierte Zusammenhang zu bestätigen, wonach das Elektorat umso ungleicher zusammengesetzt ist, je tiefer die Beteiligung ausfällt – ein „Legitimitätsproblem direkter Demokratie“ (Linder 2005: 290).

4.1.3 Alternative Partizipation

Der Einteilung von Bernhard Riederer (2006: 377 f.) folgend, wird hierbei unterschieden zwischen konventioneller Partizipation als in der Verfassung vorgesehenen und in der Bevölkerung anerkannten Beteiligungsformen (wie zum Beispiel die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen) auf der einen Seite und unkonventioneller Partizipation auf der anderen. Unter unkonventioneller Partizipation sind individuellere, expressivere und eher protest-orientierte Formen wie etwa die persönliche Kontaktaufnahme zu Politikern oder die Teilnahme an Demonstrationen zu verstehen. „Alternativ“ ist insgesamt zu verstehen im Sinne von alternativ zur Teilnahme an Nationalratswahlen.

4.1.3.1 Konventionelle Formen

Aus Kapitel 3.1.3. geht hervor, wie die Schweizer Besonderheit, dass lokalen Wahlen vielerorts noch immer eine höhere Bedeutung zukommt als nationalen, die Beteiligung an den Nationalratswahlen schwächt. Kapitel 3.1.4. beleuchtet dagegen Zusammenhänge zwischen Gebrauch und Beteiligung an direktdemokratischen und Repräsentativ-Urnengängen. Während sich beide Kapitel auf die Makro-Ebene, sprich: die Gesamtheit von Wählern in Gemeinden, Kantonen oder dem Bund beziehen, steht hier nun das Verhalten der Einzelnen im Mittelpunkt des Interesses. Partizipieren sie alternativ, das heisst, gehen sie anstatt zur Nationalratswahl eher zu Abstimmungen auf Bundes-, Kantons- oder

Gemeindeebene? Oder nehmen meistens dieselben Personen an allen demokratischen Entscheidungen teil, während die anderen sich stets enthalten? Senkt es die Teilnahme-wahrscheinlichkeit, wenn in einem Kanton besonders oft Sachfragen zur Abstimmung gelangen? Diese Fragen sollen hier anhand der Befunde aus verschiedenen Mehrebenen-Analysen behandelt werden.

Was die Beteiligung an Nationalratswahlen angeht, so zeitigt weder der formale Ausbau noch die Intensität der Nutzung, sprich: die Häufigkeit, mit der es in einem Kanton zu Volksabstimmungen und Referenden kommt, einen statistisch signifikanten Effekt auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit des einzelnen Wählers (Bühlmann und Freitag 2006: 29). Anders verhält sich dies bei kantonalen Parlamentswahlen: Zum einen erweist sich die Hürde für die Lancierung von Verfassungs- oder Gesetzesinitiativen als positiver Faktor für die Wahlbeteiligung. Konkret: Je mehr Unterschriften in einem Kanton benötigt werden, damit eine Initiative zustande kommt, desto eher nimmt der Einzelne an den Wahlen zum Parlament teil, das durch die höheren Hürden für die Direktdemokratie in seiner Bedeutung als Legislativorgan gestärkt wird (Freitag und Stadelmann-Steffen 2007: 204). Zum andern wirkt sich auch der tatsächliche Gebrauch direktdemokratischer Instrumente statistisch signifikant und in der erwarteten negativen Richtung aus: Je öfter es in einem Kanton zu Abstimmungen (Initiativ- und Referendumsabstimmungen zusammengefasst) kommt, desto kleiner wird die Wahrscheinlichkeit, dass ein Bürger dieses Kantons an den Wahlen zum Kantonsparlament teilnimmt (Freitag und Stadelmann-Steffen 2007: 206). Dies scheint auf den ersten Blick die Trade-off-Hypothese zu bestätigen: Je wichtiger Sachabstimmungen in den Augen der Stimmbürger werden, desto unbedeutender erscheinen ihm Wahlen, sodass er ihnen eher fernbleibt. Dem widerspricht jedoch zumindest teilweise der Befund auf Individualebene, wonach ein Einzelner, der mit einer hohen Wahrscheinlichkeit an Abstimmungen teilnimmt, dies auch an Wahlen tun wird (Freitag und Stadelmann-Steffen 2007: 207). Zwar bezieht sich die Messung der Abstimmungsteilnahme in dieser Untersuchung mangels Daten lediglich auf die Teilnahme an nationalen Abstimmungen (Freitag und Stadelmann-Steffen 2007: 201). Aber auch wenn sich daraus gewisse Unschärfen ergeben, so scheint es doch angebracht, die These von der partizipatorischen Ermüdung differenzierter zu betrachten. Wer häufig an Abstimmungen teilnimmt, der ist davon offensichtlich nicht so ermüdet, dass er die zusätzlichen Kosten und Mühen der Teilnahme an kantonalen Wahlen scheut, vielmehr scheint das Gegenteil der Fall zu sein. So bestätigt

sich hier eher Pippa Norris' (2004) These vom Wählen als Akt der Gewohnheit, und zwar mit einer helvetischen Ausprägung, die sich auch auf die Abstimmungsteilnahme erstreckt. Allerdings ist auch das Gegenteil der Fall: dass die Nichtteilnahme in vielen Fällen ebenso viel mit Sozialisation und Gewohnheitsbildung zu tun hat und ebenfalls verschiedene bundesstaatliche Ebenen und demokratische Arenen umfasst. So gilt es als Konsens der Abstimmungsforschung, dass eine Gruppe von 26 Prozent der Befragten praktisch an jeder Abstimmung teilnimmt, während 18 Prozent abstinent sind und sich nach eigenen Angaben an höchstens zwei von zehn Abstimmungen beteiligen (Linder 2005: 286). Die Vermutung liegt nahe, dass es sich bei vielen dieser Abstinenten gleichzeitig um Nichtwähler handelt, geben doch 81 Prozent der *Politikverdrossenen* (siehe 4.1.1.), 58 Prozent der *Sozial Isolierten* und 63 Prozent der *Politisch Desinteressierten* unter den Nichtwählern an, nur selten an Abstimmungen teilzunehmen (Bühlmann et al. 2003: 41).

Aber es existieren auch Zwischenformen. Beispielsweise gibt die mit 56 Prozent zahlenmässig grösste Gruppe in Sachen Abstimmungsteilnahme an, unregelmässig respektive „à la carte“ ihren Stimmzettel abzugeben. Je nach Interesse am wichtigsten Thema sind sie bei der Abstimmung mit dabei oder eben nicht, was die starken Schwankungen der Stimmbeteiligung zwischen 30 und 70 Prozent erklärt (Linder 2005: 286). Auf sie scheint die Ermüdungs-Hypothese eher zuzutreffen: An allen Urnengängen teilzunehmen, ist in den Augen der Mitglieder dieser Gruppe ein zu grosser Aufwand. Daher nehmen sie nur dann teil, wenn es ihnen wichtig erscheint. Über die Vielzahl von Wahlen und Abstimmungen gesehen, ergibt sich dadurch zwar eine im internationalen Vergleich tiefe Durchschnittsbeteiligung. Das Teilnahmeverhalten dieser grössten Gruppe bedeutet handkehrum aber auch, dass die Anzahl der Stimmbürger, die weder wählen noch abstimmen gehen und sich somit den offiziellen demokratischen Institutionen völlig entziehen, eher klein ist. Denn zählt man den Anteil der regelmässig und jenen der unregelmässig an Abstimmungen Partizipierenden zusammen, kommt man auf 82 Prozent der Stimmenden, die zumindest gelegentlich von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen – eine Zahl, die durchaus im Bereich der Wahlbeteiligung in so manchen europäischen Nachbarländern liegt, die ihre Bürger nur alle vier bis fünf Jahre zu nationalen, regionalen und lokalen Wahlen aufrufen (vergl. Bauer 2004: 4; Filzmaier 2007: 46).

Klar ersichtlich wird dies auch aus der Typologie von Amal Tawfik und Eugène Horber (2010: 66 f.). Die beiden Autoren tragen der Mehrdimensionalität der politischen Partizipation in der Schweiz Rechnung und bilden aus den Antworten der Befragten Schweizer Wahlstudien von 1971 bis 2007 eine Typologie der Stimmbürger mit zwei Indikatoren: ihrer Teilnahme an Wahlen einerseits und ihrer Teilnahme an Abstimmungen andererseits. Punkto Wahlen wurden die Respondenten zu ihrer Teilnahme an drei Wahlen befragt: erstens der Nationalratswahl im Jahr der Befragung, zweitens der Nationalratswahl vier Jahre zuvor und drittens der vergangenen kantonalen Wahl. Der Indikator zur Abstimmungs-Partizipation bezieht sich auf die Antworten auf die Frage, an wie vielen von hypothetischen zehn eidgenössischen Abstimmungen innert eines Jahres die Person teilnehmen würde: null- bis viermal, fünf- bis achtmal oder neun- bis zehnmal. Tabelle 2 zeigt die Prozentanteile der einzelnen Teilnahmekombinationen und Typen an der Gesamtheit der Befragten (Tawfik und Horber 2010: 66).

Daraus geht klar hervor, dass es mit 22,3 Prozent nur eher wenige Stimmbürger sind, die nie bis selten von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen. Freilich ist der Anteil der Musterbürger, die an praktisch keinem Urnengang fehlen, mit 24,8 Prozent nur wenig grösser. Und: Die Mehrheit bewegt sich irgendwo zwischen diesen beiden Extremen und partizipiert selektiv. Damit zeigen Tawfik und Horber (2010) auf, dass sich „À-la-carte-Partizipation“ (Linder 2005: 286) auch auf die Gesamtheit der konventionellen Partizipationsformen anwenden lässt. Und das, obwohl sie die Teilnahme an kantonalen Abstimmungen sowie an Gemeindewahlen und -abstimmungen sogar noch aussen vor lassen. In einer künftigen Arbeit wäre es daher denkbar und angesichts der Beliebtheit von lokalen Urnengängen auch höchst relevant, diese noch mit einzubeziehen, um ein komplettes, mehrdimensionales Bild der konventionellen demokratischen Partizipation in der Schweiz zu erhalten.

Tabelle 2: Typologie der Stimmbürger (Prozentanteile an der Gesamtheit der Befragten)

Anzahl der	Häufigkeit der Teilnahme an Abstimmungen innerhalb eines Jahres		
	0 bis 4	5 bis 8	9 bis 10
0	Hartnäckige Nichtteilnehmer: 22.3%	Gelegentliche Teilnehmer: 9.2%	Gelegentliche Teilnehmer: 1.7%
1	Gelegentliche Teilnehmer: 4.6%	Gelegentliche Teilnehmer: 8.7%	Gelegentliche Teilnehmer: 2.8%
2	Gelegentliche Teilnehmer: 1.2%	Regelmässige Teilnehmer: 8.2%	Regelmässige Teilnehmer: 7.1%
3	Gelegentliche Teilnehmer: 0.5%	Regelmässige Teilnehmer: 8.8%	Musterbürger: 24.8%

Quelle: Tawfik und Horber 2010: 67

Und das, obwohl sie die Teilnahme an kantonalen Abstimmungen sowie an Gemeindewahlen und -abstimmungen sogar noch aussen vor lassen. In einer künftigen Arbeit wäre es daher denkbar und angesichts der Beliebtheit von lokalen Urnengängen auch höchst relevant, diese noch mit einzubeziehen, um ein komplettes, mehrdimensionales Bild der konventionellen demokratischen Partizipation in der Schweiz zu erhalten.

Eine weiteres Indiz, welches das dramatische Bild der „schweigenden Mehrheit“ (Bühlmann et al. 2003; Riedel 2011: 35) zu relativieren vermag, sind jene 41 Prozent der Protestierenden und 51 Prozent der *Alternativ Partizipierenden* unter den Nichtwählern, die angeben, häufig abstimmen zu gehen. 16 Prozent der Letzteren nehmen gemäss eigener

Auskunft darüber hinaus häufig an Wahlen und Abstimmungen auf lokaler Ebene teil (Bühlmann et al. 2003: 41). Damit dürften sie denn auch zum Teil für die bereits unter 3.1.3. erwähnte schweizerische Besonderheit mitverantwortlich sein, dass in einigen Kantonen sowie in etwas mehr als der Hälfte der Gemeinden mehr Stimmbürger an lokalen als an nationalen Wahlen teilnehmen (Ladner 2011: 36 f. , 46). Da Andreas Ladners Befragung der Gemeindeschreiber (2011) jedoch keine Individualdaten erfasst und seine Studie zur Partizipation auf Gemeindeebene (2007) nicht misst, ob ein lokaler Wahl-Teilnehmer auch an den vorherigen Nationalratswahlen teilnahm oder nicht, müssen genaue Zusammenhänge zur Wahlteilnahme an Gemeindewahlen auf Individualebene vorerst unergründet bleiben.

4.1.3.2 Unkonventionelle Formen

Wenn in besorgten Kommentaren vom Wählerschwund aufgrund um sich greifender Politikverdrossenheit die Rede ist, so geht dabei oft ein Aspekt unter: Dass zwar in vielen Ländern die Beteiligung an konventionellen Formen politischer Partizipation rückläufig sein mag, aber gleichzeitig mehr und mehr Menschen an unkonventionellen, neueren Formen politischer Partizipation teilhaben. In nahezu allen demokratischen Staaten ist eine Steigerung des so verstandenen politischen Aktivismus empirisch nachweisbar (Van Deth 2006: 184).

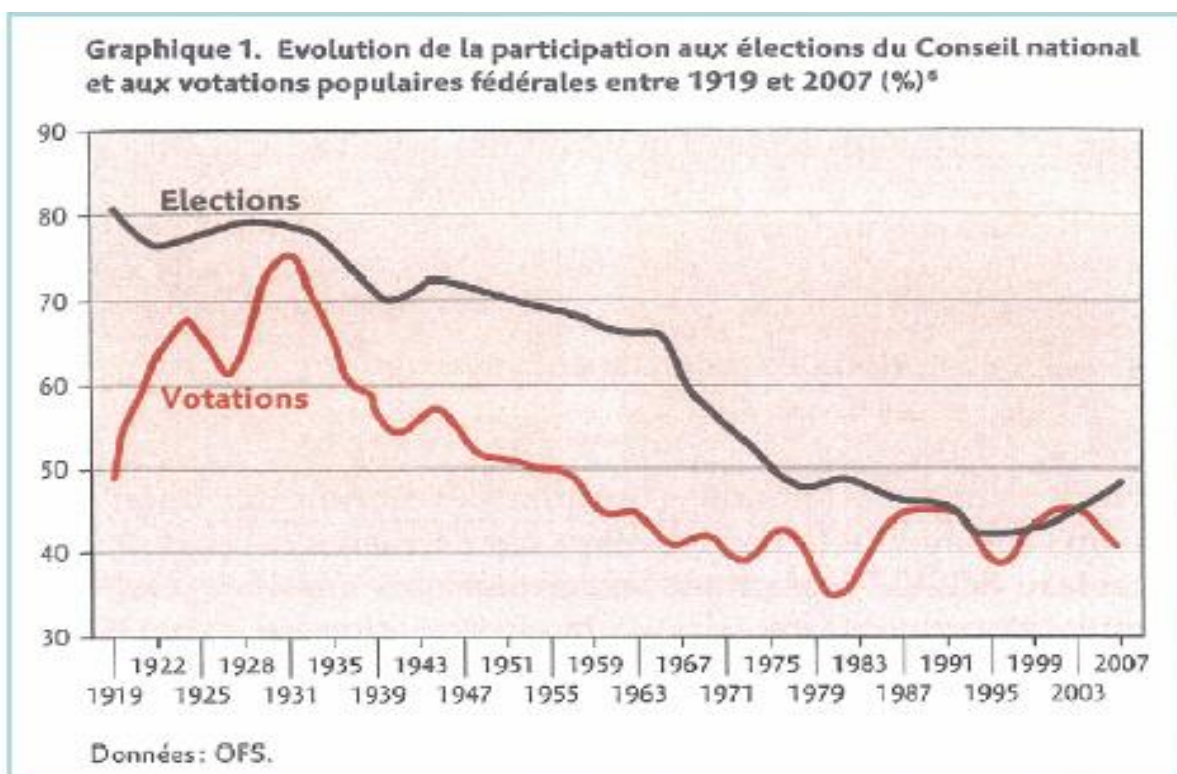
Bei diesen unkonventionellen Partizipationsformen bilden die Schweizerinnen und Schweizer denn auch im Gegensatz zur Wahlbeteiligung in internationalen Vergleichen keineswegs das Schlusslicht. So geben 44 Prozent der Schweizer Befragten an, sie würden etwas dagegen unternehmen, wenn das Parlament ein Gesetz beschliesse, das sie als ungerecht empfänden – der europäische Spitzenwert in Riederers Sechs-Nationen-Vergleichsstudie (Riederer 2006: 386). Doch die mehrheitlich wahlmüden Schweizer geben nicht nur an, partizipieren zu wollen, sondern sie tun es gemäss eigenen Angaben auch: In einem 13-Nationen-Vergleich europäischer Staaten (bei dem Ost- und Westdeutschland separat aufgeführt werden) nehmen sie die Spitzenposition ein, wenn es um die Teilnahme an Parteiaktivitäten geht, sowie hinter Dänemark den 2. Platz in Sachen Kontaktaufnahme mit einem Politiker (Van Deth 2009: 152). Wenn es sich dabei um Kontakte zu gewählten lokalen Politikern handelt, überflügeln sie die Dänen sogar (Ladner 2007: 225). Laut einem Vier-Nationen-Vergleich der Partizipation auf Gemeindeebene lancieren oder unterstützen

Schweizer erwartungsgemäss um ein vier- bis zehnfaches wahrscheinlicher eine Initiative oder ein Referendum, reichen aber seltener Beschwerden ein als Dänen, Norweger oder Niederländer (Ladner 2007: 227 ff.). Auch für die Wahl der verschiedenen unkonventionellen Partizipationsformen scheinen Kontextfaktoren eine Rolle zu spielen: In grossen Gemeinden werden eher Initiativen lanciert als in kleinen, beim Einreichen von Beschwerden verhält es sich genau umgekehrt. Ausserdem ergreifen Deutschschweizer häufiger Initiativen als ihre Landsleute in den anderen Sprachregionen, was mit dem grösseren Stellenwert der Direktdemokratie in der Deutschschweiz erklärt wird (Ladner 2007: 234 f.).

4.2 Gegen den Trend: Steigende Wahlbeteiligung in der Schweiz?

Wie bereits mehrfach erwähnt, ist die Wahlbeteiligung an den Nationalratswahlen seit ihrem Tiefpunkt von 1995, als sie auf ganze 42,2 Prozent gesunken war, wieder leicht angestiegen. Zuletzt, im Oktober 2011, nahmen 48,5 Prozent der Schweizer Wahlberechtigten an den Wahlen zum Nationalrat teil (Bundesamt für Statistik 2012 a). Abbildung 1 veranschaulicht diesen Aufwärtstrend.

Abbildung 1: Stimm- und Wahlbeteiligung auf Bundesebene seit 1919 (in Prozent)



Quelle: Tawfik und Horber 2010: 51

Damit stellt die Schweiz eine Ausnahme dar, ging die Wahlbeteiligung doch in den meisten anderen etablierten Demokratien seit der Jahrtausendwende deutlich und signifikant zurück (Bauer 2004: 5). Eine weitere Ausnahme zum allgemeinen Abwärtstrend bilden interessanterweise die USA dar, wo seit der Jahrtausendwende kontinuierlich mehr Wähler sowohl an Präsidentschafts- als auch an Kongresswahlen zu verzeichnen sind, was – ähnlich wie in der Schweiz – häufig mit der stärkeren Polarisierung erklärt wird (Filzmaier 2007: 47). In der Schweiz ist somit eine Trendwende erfolgt, ein weiterer Rückgang bis unter die 40-Prozent-Marke und damit unter den Langzeit-Durchschnitt in Sachen Abstimmungs-teilnahme (Linder 2005: 284) zeichnet sich für die Nationalratswahlen der näheren Zukunft nicht ab. Von einer Renaissance der Wahldemokratie zu sprechen, wäre jedoch nicht nur wegen des geringen Umfangs des jüngsten Wachstums verfehlt. Denn die Zunahme bei den Nationalratswahlen scheint zu grossen Teilen auf Kosten der Wahlen auf den unteren Staatsebenen zu erfolgen. So stieg in den Gemeinden, deren Gemeindeglieder an Andreas Ladners Erhebung (2011) teilnahmen, die Beteiligung an Nationalratswahlen seit 1998 um 4,9 Prozent, dafür ging diejenige an lokalen Wahlen im selben Zeitraum um 3,8 Prozent zurück. Bei kantonalen Wahlen hatte der Rückgang dagegen bereits zwischen 1988 und 1998 eingesetzt, als die Wählerzahl um 5,5 Prozent schrumpfte. Zwischen 1998 und 2009 ging sie dagegen nur noch um weitere 0,8 Prozent zurück (Ladner 2011: 33). **Tabelle 3:** Wahlbeteiligung an lokalen, kantonalen und nationalen Wahlen im Vergleich (in Prozent)

	1988	1998	2009
Lokale Wahlen	48.8	44.5	40.7
Kantonale Wahlen	45.4	39.9	39.1
Nationalratswahlen	45.5	41.9	46.8

Gewichtete Werte (Befragungsdaten 1988, Wahlberechtigte Nationalratswahlen 1999 und 2007)

Quelle: Ladner 2011: 33

Mit Blick auf die Langzeitentwicklung (seit 1988) und auf alle drei Staatsebenen ist aus Tabelle 3 nun doch ein weiterer Abwärtstrend der gesamten Wahlbeteiligung ersichtlich. Der positive Schluss einer möglichen Trendwende bleibt somit auf die Nationalratswahlen beschränkt.

5. Schlussfolgerungen

Bei aller aus methodischen Gründen gebotenen Vorsicht angesichts des weitgehenden Fehlens multivariater Analysen, welche die Schweiz *nicht* als Ausreisser ausschliessen, gab Kapitel 3 schlüssige Antworten auf die erste Forschungsfrage. Als Ursachen für die im internationalen Vergleich sehr tiefe Wahlbeteiligung in der Schweiz können in erster Linie politisch-institutionelle Gründe gelten: die durch das Konkordanz-System bedingten fehlenden Regierungswechsel, die häufigen nationalen Referenden und die überhaupt sehr grosse Zahl an Urnengängen, die zur partizipatorischen Ermüdung weiter Teile der Stimmbürgerschaft führt (Freitag 1996; Norris 2004: 165). Dazu kommen politisch-kulturelle Merkmale wie die späte Einführung des Frauenwahlrechts sowie der schwache Organisationsgrad der Gewerkschaften. Begünstigt durch diese Faktoren, entwickelte sich die Nichtteilnahme für viele Schweizerinnen und Schweizer bereits zur Tradition. Mit den Jahren entstand so eine Kultur der Enthaltung: die Wahlabstinenz erscheint als gesellschaftlich akzeptabel und wird daher von Generation zu Generation vererbt (vergl. Freitag 1996: 121).

Dieses Zwischenergebnis liess bereits vermuten, dass die Antwort auf die zweite Forschungsfrage, jene nach der Problemhaftigkeit der tiefen Wahlbeteiligung in der Schweiz, wenig dramatisch ausfallen dürfte. In verschiedener Hinsicht trifft dies auch durchaus zu. Vor allem der Blick auf die Motive der Nichtwähler macht deutlich, dass hinter der weit verbreiteten helvetischen Wahlabstinenz nicht etwa eine Systemkrise steckt. Denn gerade einmal 7 Prozent der Nichtwähler geben an, mit Parteien, Politikern und der Demokratie selbst unzufrieden zu sein, während insgesamt 70.5 Prozent von ihnen ein hohes Vertrauen in die Demokratie und immerhin über ein Viertel von ihnen ein hohes Vertrauen in die gewählten Politiker äussern (Bühlmann et al. 2003: 42). Die sogenannte Krisenhypothese, welche die Wahlabstinenz in erster Linie als Ausdruck der Unzufriedenheit mit Politik im Allgemeinen und Parteien und Politikern im Besonderen deutet (Bühlmann et al. 2003: 37;

vergl. Bauer 2007: 6; Krimmel 1996: 322), scheint für die Schweiz kaum zuzutreffen. Dies mag mit daran liegen, dass die direktdemokratischen Instrumente wie Initiative und Referendum hierzulande in stärkerem Masse als überall sonst jenen, die von Parteien und Politikern enttäuscht sind, ein Ventil bieten (vergl. Bühlmann et. al 2003: 58). Ein Ventil, das nicht nur die Unzufriedenen rege nutzen, sondern auch jenes annähernde Fünftel der Nichtwähler, die Nationalratswahlen fernbleiben, aber an lokalen und kantonalen Urnengängen teilnehmen und auf eidgenössischer Ebene abstimmen gehen. Jener Typus der *Alternativ Partizipierenden* sowie der noch immer verhältnismässig grosse Anteil an Wählern, die sich lediglich auf den unteren Staatsebenen in den offiziellen demokratischen Entscheidungsprozess einbringen (siehe 3.1.2.), stellen im internationalen Vergleich schweizerische Besonderheiten dar (Bühlmann et. al 2003: 29; vgl. Krimmel 1996; Bannon 2003; Filzmaier 2007). So werden dank der direktdemokratischen Institutionen einige Wahlabstimmte ins politische System eingebunden und so ist der Anteil jener, die auf allen drei Staatsebenen weder wählen noch abstimmen und somit völlig aussen vor bleiben, geringer, als es angesichts des hohen Nichtwähleranteils an den Nationalratswahlen scheinen mag (siehe 4.1.3.1.). Mit 22,3 Prozent komplett oder weitgehend Abstinenter auf eidgenössischer und kantonaler Ebene liegt die konventionelle politische Partizipation in der Schweiz somit auch wieder im Bereich ihrer europäischen Nachbarstaaten, in denen insgesamt weitaus weniger Urnengänge anstehen (vergl. Tawfik und Horber 2010: 67).

Dazu kommt, dass Frau und Herr Schweizer in Sachen unkonventionelle politische Partizipation ihren europäischen Nachbarn in nichts nachstehen. Einzelne dieser eher individuellen Beteiligungsformen, die in den vergangenen Jahrzehnten aufkamen, nutzen Schweizer sogar fleissiger als die Bürger anderer Nationen (siehe 4.1.3.2.). Und auch der Trend stimmt für die Wahlbeteiligung zumindest an den Nationalratswahlen optimistisch: nehmen doch seit dem Tiefpunkt von 1995, als nur noch ganze 42,2 Prozent ihren Wahlzettel ausfüllten, doch wieder stetig mehr Wähler an eidgenössischen Parlamentswahlen teil (Bundesamt für Statistik 2012 a). Ein Absinken auf unter 40 Prozent, den stabilen Langzeit-Durchschnitt an Volksabstimmungen (Linder 2005: 284), scheint so vorerst wenig wahrscheinlich. Steht also doch alles zum Besten in der Musterdemokratie Schweiz?

Zwei Aspekte scheinen aus einer normativen Perspektive, die demokratische (Chancen-) Gleichheit als Richtschnur beinhaltet, problematisch: Zum einen die Gleichheit in Sachen

Repräsentation und zum anderen die Chancengleichheit in Sachen Wähler-Mobilisierung. Kapitel 4.1.2. zeigt auf, dass die Wahlbeteiligung hierzulande zum einen nach den sozio-ökonomischen Statusmerkmalen Bildung, Einkommen und Berufsposition, aber auch nach Altersgruppen und den beiden Geschlechtskategorien ungleich verteilt ist. Zudem macht Wolf Linder (2005: 289 f.) punkto Abstimmungsteilnahme eine Verzerrung zugunsten der mittleren und oberen Einkommens- und Bildungsschichten aus. Bei Abstimmungen mit tiefer Gesamtbeteiligung verstärkt sich diese in der Regel noch (Linder 2006: 117). Arend Lijpharts (1996: 1) Befund, wonach tiefe Beteiligung gleichbedeutend ist mit ungleicher Beteiligung, scheint somit auch für die Schweiz weitgehend zuzutreffen. Wäre die (Wieder-) Einführung der allgemeinen Wahlpflicht, wie sie Lijphart mit Verve verfechtet, ein probates Mittel, um dieses Repräsentations-Defizit zu beheben?

Die Erfahrungen aus dem Kanton Schaffhausen, der noch als einziger Schweizer Kanton die Wahlpflicht kennt, scheinen dafür zu sprechen. Erstens, weil die Schaffhauser regelmässig die Spitzenposition in Sachen Beteiligung an Nationalratswahlen einnehmen (Ladner 2011: 31). Und zweitens, weil in ihrem Kanton nicht nur die Wahlteilnahme, sondern auch das politische Interesse und das Polit-Know-how sowie die Parteibindungen grösser sind als in den meisten anderen Kantonen (Linder 2005: 68). Doch es gibt auch gewichtige Gegenargumente. Auf einer theoretischen Ebene bewegen sich die Einwände, dass demokratische Wahlfreiheit auch die Freiheit beinhalten sollte, nicht zu wählen, und dass die ungleiche Beteiligung verschiedener Wählergruppen kein Problem darstellt, solange sie alle dasselbe Recht haben, ihre Stimme abzugeben (Saunders 2010: 70, 72). Der australische Philosoph Jason Brennan (2009: 536) argumentiert, dass unverantwortliche Wähler besser zuhause bleiben. Niemand müsse wählen, doch wer sich entschliesse, seine Stimme abzugeben, solle dies auf eine Art und Weise tun, welche der Gemeinschaft nicht schadet, sprich: die auf rationalen Überlegungen basiert, untendenziös, gerecht und informiert ist. Ein weiterer Gedanke bezieht sich die Betroffenheit: Wenn nur wenige Wähler sich an einer bestimmten politischen Entscheidung beteiligen, erhöhe dies die Chance, dass nur diejenigen teilnehmen, welche diese Frage auch etwas angehe. Wären dagegen auch die Nichtbetroffenen mittels Wahlpflicht dazu gezwungen, eine Stimme abzugeben, bestünde die Gefahr von Zufallsentscheiden (Saunders 2010: 73). Peter Selb und Romain Lachat (2009) haben diese Hypothese anhand des Wahlverhaltens in belgischen Regionalwahlen – mit Wahlpflicht – empirisch getestet. Dabei konnten sie tatsächlich nachweisen, dass grosse Teile

derjenigen Wähler, die angaben, dass sie ohne Wahlpflicht keine Stimme abgegeben hätten, schlecht informiert waren und daher nicht so stimmten, wie es ihren Präferenzen eigentlich entsprochen hätte (Selb und Lachat 2009: 591). Eine solche Studie im Kanton Schaffhausen auszuführen, wäre ein relevanter Ansatzpunkt für die weitere Forschung und könnte möglicherweise wertvolle Hinweise für eine Debatte um eine schweizweite Wahlpflicht bieten. Das hohe politische Interesse und die starken Parteibindungen im Nordkanton lassen indes vermuten, dass die Schaffhauser eher gemäss ihren Präferenzen wählen.

Der zweite problematische Gesichtspunkt der tiefen Wahlbeteiligung betrifft weniger die Wähler als vielmehr die Art und Weise, wie um ihre Gunst geworben wird. So können sich Wahlkampfmanager in Gesellschaften mit traditionell tiefer Wahlbeteiligung darauf konzentrieren, mögliche Wähler zielgruppengerecht und gezielt anzusprechen. Potenzielle Nichtwähler oder demobilisierte Wählergruppen können sie dagegen vernachlässigen und stattdessen eng auf die Zielgruppen ausgerichtete Botschaften kreieren und verbreiten (Plasser 2002: 116). Gelingt es einer Partei besser als ihrer Konkurrenz, damit weite Teile ihrer potenziellen Zielgruppen zur Wahlteilnahme zu bewegen, kann dies in einem Land mit einer tiefen Wahlbeteiligungskultur schon den Sieg bringen. In der Schweiz scheint genau eine Partei dies verstanden – und erfolgreich umgesetzt zu haben: die Schweizerische Volkspartei (SVP). In einer Frage der Selects-Nachwahlbefragung zu den Nationalratswahlen 2007 mussten die Respondenten antworten, welcher Partei sie mit einer Wahrscheinlichkeit von 8 bis 10 ihre Stimme geben würden. Bei dieser Frage nach dem „Verlässlichen Potenzial“ kam die SVP auf 32 Prozent und damit ganze 3 Prozent mehr als die Grüne Partei (GPS). Doch während nur 31 Prozent der potenziellen Grünen-Anhänger der Partei am Ende dann auch tatsächlich ihre Stimme gaben, betrug die Ausschöpfung bei der SVP 81 Prozent (Lutz 2008: 34). Zudem gelang es ihr mit Abstand am besten, jene Wähler, die sie schon vier Jahre zuvor gewählt hatten, erneut für sich zu gewinnen. Und auch bei den Nichtwählern von 2003, die vier Jahre später doch zur Wahl gingen, schnitt die SVP bei Weitem am erfolgreichsten ab (Lutz 2008: 20). Wer sich an jenen Herbst vor viereinhalb Jahren erinnert, an allgegenwärtige Plakate, grossflächige Zeitungsinserate sowie Briefe mit persönlich wirkenden Anschreiben (Direct Mail), mit denen die Volkspartei im ganzen Land um ihre Wähler warb, der kann in diesen Werbemassnahmen unschwer einen Grund für den Wahlsieg der SVP vermuten. Der bekannte Politberater und Wahlkampf-Experte Louis Perron (2011) schreibt denn auch in einem Blog-Beitrag, dass Plakate und

Inserate wichtig sind, um genau jene Wähler abzuholen, die sich sonst eigentlich nicht für Politik interessieren (Perron 2011). Doch solche Werbung im grossen Stil kostet Geld, viel Geld – und dieses wiederum steht den hiesigen Parteien in höchst ungleichem Ausmass zur Verfügung. So betrug das Wahlkampfbudget der SVP 2007 gemäss internen Dokumenten, die vor Kurzem erst an die Öffentlichkeit drangen, rund zehn Millionen Franken (Tages-Anzeiger Online, 19.03.2012). Damit stand der Volkspartei über dreimal mehr Geld zur Verfügung als ihren bürgerlichen Konkurrenten FDP und CVP, fünfmal mehr als den Sozialdemokraten und ganze zwanzigmal mehr als den Grünen (Perron 2011). Im Gegensatz zur SVP machten diese Parteien allesamt offizielle Angaben zu den Wahlkampfausgaben. Im Schweizer System, in dem auf staatliche Parteienfinanzierung praktisch ganz und auf Regulierung privater Spenden komplett verzichtet wird, wären freilich auch sie dazu nicht verpflichtet gewesen. Doch solch ungleich langen Finanz-Spässe, kombiniert mit völliger Intransparenz über die Herkunft von Geldern, können gerade in einem Land mit tiefer Wahlbeteiligung eine beträchtliche Wirkung auf das Wahlergebnis entfachen. Neben der ungleichen Beteiligung liegt hierin das eigentliche Malaise der weitverbreiteten helvetischen Wahlabstinenz.

Literaturverzeichnis

Bannon, Declan B. (2003): „Voting, non voting and consumer buying behaviour: Non-voter segmentation and the underlining causes of electoral inactivity“. *Journal of Public Affairs* 3 (2): 138-151.

Bauer, Werner T. (2004): „Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung“. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. Wien. Online im Internet: <http://www.politikberatung.or.at/wwwa/documents/wahlbeteiligung.pdf> (Stand 01.03.2012)

Beyme, Klaus von (1992): „Regierungswechsel“. S. 401-404 in Manfred G. Schmidt (Hrsg.): *Lexikon der Politik. Band 3: Die westlichen Länder*. München: Beck.

Blais, André (2006): „What affects voter turnout?“. *Annu. Rev. Polit. Sc.* 9: 111-125.

Blais, André und Dobrzynska, Agnieszka (1998): „Turnout in electoral democracies“. *European Journal of Political Research* 33: 239-261.

Brennan, Jason (2009): „Polluting the Polls: When Citizens Should Not Vote“. *Australasian Journal of Philosophy* 87 (4): 535-549.

Bühlmann, Marc und Freitag, Markus (2006): „Individual and Contextual Determinants of Electoral Participation“. *Swiss Political Science Review* 12 (4): 13-47.

Bühlmann, Marc, Freitag, Markus und Vatter, Adrian (2003): „Die schweigende Mehrheit: Eine Typologie der Schweizer Nichtwählerschaft“. S. 27-58. In Sciarini, Pascal et al. (Hrsg.): *Schweizer Wahlen 1999. Swiss Electoral Studies Band 6*. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt.

Bundesamt für Statistik (2012 a): „Wahlen – Indikatoren: Wahlbeteiligung“. Online im Internet: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/national_rat/wahlbeteiligung.html (Stand 04.03.2012).

Bundesamt für Statistik (2012 b): „Abstimmungen – Indikatoren: Stimmbeteiligung“. Online im Internet: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/03/blank/key/stimmbeteiligung.html> (Stand 23.03.2012)

Bundesrat (2006): „Bericht über die Pilotprojekte zum Vote électronique vom 31. Mai 2006“. Online im Internet: <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2006/5459.pdf> (Stand 12.03.2012).

Caballero, Claudio (2005): „Die Rolle von Wahlen in der Demokratie“. S. 329-365 in: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Caldeira, Gregory A., Clausen, Aage R. und Patterson, Samuel C. (1990): „Partisan Mobilization and Electoral Participation“. *Electoral Studies* 9 (3): 191-204.

Crewe, Ivor (1981): „Electoral Participation“. S. 216-263 in: David Butler, Howard R. Penniman und Austin Ranney (Hrsg.): *Democracy at the Polls. A Comparative Study of Competitive National Elections*. Washington und London: AEI Studies.

Denny, Kevin und Doyle, Orla (2009): „Does Voting History Matter? Analysing Persistence in Turnout“. *American Journal of Political Science* 53 (1): 17-35.

Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Voting*. New York: Harper.

Engeli, Isabelle, Ballmer-Cao, Than-Huyen und Giugni, Marco (2006): „Gender Gap and Turnout in the 2003 Federal Elections“. *Swiss Political Science Review* 12 (4): 217-242.

Feddersen, Timothy J. (2004): „Rational Choice Theory and the Paradox of not Voting“. *The Journal of Economic Perspectives* 18 (1): 99-112.

Filzmaier, Peter (2007): „Ein unaufhaltbarer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo“. *Informationen zur politischen Bildung* 27: 45-51.

Franklin, Mark N. (2004): *Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies since 1945*. Cambridge: Cambridge University Press.

Franklin, Mark N. (2002): „The Dynamics of Electoral Participation“. S. 148-168 in: Richard L. Leduc; Richard G. Niemi und Pippa Norris (Hrsg.): *Comparing Democracies 2: New Challenges in the Study of Elections and Voting*. Thousand Oaks: Sage.

Freitag, Markus (2010): „Structure versus Culture: A Comparative Study of the Influence of Political Institutions and Cultural Modernization Factors on Voter Turnout in Swiss Sub-national Parliamentary Elections“. *International Political Science Review* 31 (4): 428-448.

Freitag, Markus und Stadelmann-Steffen, Isabelle (2007): „Wahl- oder Abstimmungsdemokratie? Der Einfluss der direkten Demokratie auf die Wahlteilnahme“. S. 189-216 in: Markus Freitag und Uwe Wagschal (Hrsg.): *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*. Berlin: LIT Verlag.

Freitag, Markus (2005): „Labor Schweiz: Vergleichende Wahlbeteiligungsforschung bei kantonalen Parlamentswahlen“. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (4): 667-690.

Freitag, Markus (1996): „Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien. Eine Analyse zur Erklärung von Niveauunterschieden.“ *Swiss Political Science Review* 2 (4): 101-134.

Hall, Peter A. und Taylor, Rosemary C. R. (1996): „Political Science and the Three New Institutionalisms“. *Political Studies* 44: 936-957.

Jackman, Robert W. und Miller, Ross A. (1995): „Voter Turnout in the Industrial Democracies during the 1980s“. *Comparative Political Studies* 27: 467-492.

Jörke, Dirk (2007): „I prefer not to vote – warum es für immer mehr Bürger gar nicht so dumm ist, nicht zur Wahl zu gehen“. S. 76-87 in Michael Brie: *Schöne neue Demokratie: Elemente totaler Herrschaft*. Berlin: Karl Dietz Verlag.

Katzenstein, Peter J. (1985): *Small States in World Markets – Industrial Policy in Europe*. Ithaca und London: Cornell University Press.

„Kein Interesse an Politik“ (10 vor 10, 19.09.2011). Online im Internet: http://www.videoportal.sf.tv/video?id=3a34ef8d-572d-4fd1-98b2-951033ec118b;DCSext.zugang=videoportal_aehnlichevideos (Stand 04.03.2012).

Kohl, Jürgen (1983): „Zur langfristigen Entwicklung der politischen Partizipation in Westeuropa“. S. 377-411 in: Otto Büsch und Peter Steinbach (Hrsg.): *Vergleichende europäische Wahlgeschichte. Eine Anthologie. Beiträge zur historischen Wahlforschung vornehmlich West- und Nordeuropas*. Berlin: Colloquium Verlag.

Kriesi, Hanspeter (2007): *Vergleichende Politikwissenschaften. Teil I: Grundlagen*. Baden-Baden: Nomos.

Krimmel, Iris (1996): „Politische Einstellungen als Determinanten des Nichtwählens“. S. 321-341 in O.W. Gabriel und Jürgen Falter (Hrsg.): *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien*. Frankfurt a. M. : Peter Lang Verlag.

Laakso, Markku und Taagepera, Rein (1979): „Effective Number of Parties. A Measure with Application to West Europe“. *Comparative Political Studies* 12 (1): 3-27.

Ladner, Andreas (2011): *Wahlen in den Schweizer Gemeinden. Durchführung, Verlauf und Ergebnisse 1988 – 2009*. Chavannes-Lausanne: IDHEAP Institut de hautes études en administration publique.

Ladner, Andreas (2007): *Demokratie in den Gemeinden*. Zürich/Chur: Verlag Rüegger.

Ladner, Andreas (2006): „Politische Parteien“. S. 317-343 in: Ulrich Klöti, Peter Knoepfel, Hanspeter Kriesi, Wolf Linder, Yannis Papadopoulos und Pascal Sciarini (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*. 4. und vollständig überarbeitete Auflage. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

Ladner, Andreas (1996): „Majorz oder Proporz: Die Auswirkungen des Wahlverfahrens auf die politische Partizipation in den Berner Gemeinden“. *Swiss Political Science Review* 2 (4): 1-24.

Lange, Thorsten (2005): „Zur Wahlgeschichte“. S. 31-61 in: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lijphart, Arend (1997): „Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma“. *The American Political Science Review* 91 (1): 1-14.

Linder, Wolf (2006): „Direkte Demokratie“. S. 103-123 in: Ulrich Klöti, Peter Knoepfel, Hanspeter Kriesi, Wolf Linder, Yannis Papadopoulos und Pascal Sciarini (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*. 4. und vollständig überarbeitete Auflage. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

Linder, Wolf (2005): *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. 2. vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag.

López Pintor, Rafael; Maria Gratschew und Kate Sullivan (2002): „Voter Turnout Rates from a Comparative Perspective“. S. 75-93 in Rafael López Pintor und Maria Gratschew (Hrsg.): *Voter Turnout since 1945: A global report*. Stockholm: IDEA.

Lutz, Georg (2008): „Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid“. Lausanne: Selects-FORS. Online im Internet: http://www2.unil.ch/selects/IMG/pdf/selects_07_d.pdf (Stand 01.03.2012)

Lutz, Georg und Selb, Peter (2006): „Die nationalen Wahlen in der Schweiz“. S. 427-457 in: Ulrich Klöti, Peter Knoepfel, Hanspeter Kriesi, Wolf Linder, Yannis Papadopoulos und Pascal Sciarini (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*. 4. und vollständig überarbeitete Auflage. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

Möckli, Silvano (1994): *Direkte Demokratie: ein Vergleich der Einrichtungen und Verfahren in der Schweiz und Kalifornien, unter Berücksichtigung von Frankreich, Italien, Dänemark, Irland, Österreich, Liechtenstein und Australien*. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag.

Nohlen, Dieter (2007): *Wahlrecht und Parteiensystem: Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme*. 5. und überarbeitete Auflage. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Norris, Pippa (2004): *Electoral Engineering. Voting Rules and Political Behaviour*. Cambridge: Cambridge University Press

Panagopoulos, Costas (2008): „The Calculus of Voting in Compulsory Voting Systems“. *Polit Behav (ZPB)* 30: 445-467.

Perron, Louis (2011): „Die Bedeutung des Geldes im Wahlkampf“. Blog-Eintrag vom 02.03.2011 im persönlichen Blog www.wahlkampfanalyse.ch. Online im Internet: <http://www.wahlkampfanalyse.ch/search?q=Geld&Submit.x=25&Submit.y=24> (Stand 30.03.2012).

Plasser, Fritz (2002): *Globalisierung der Wahlkämpfe*. Wien: WUV-Universitätsverlag.

Przeworski, Adam und Teune, Henry (1970): *The Logic of Comparative Social Inquiry*. New York: John Wiley and Sons.

Reif, Karl und Schmitt, Hermann (1980): „Nine national second order elections – a conceptual framework for the analysis of European election results“. *European Journal of Political Research* 8 (1): 3-44.

Riedel, Steffen (2011): „Morgen unterwirft sich die Mehrheit der Minderheit“. *Zürcher Unterländer*, Nr. 247, 22.10.2011: 25.

Riederer, Bernhard (2006): „Passive BürgerInnen? Staatsbürgerschaftsverständnis, Partizipation und Direkte Demokratie“. *SWS-Rundschau*. 46 (4): 373-399.

Rose, Richard (2004): „Voter Turnout in the European Union Member Countries“. S. 17-24 in: Rafael López Pintor und Maria Gratschew (Hrsg.): *Voter Turnout in Western Europe since 1945*. Stockholm: International IDEA.

Saunders, Ben (2010): „Increasing Turnout: A Compelling Case?“. *Politics* 30 (1): 70-77.

Schneider, Benno (1984): „Stimm- und Wahlbeteiligung? Qualitätsmerkmal der Demokratie?“. S. 130-136 in: Kaufmann, Otto K., Koller, Arnold und Riklin, Alois (Hrsg.): *Die Zukunft von Staat und Wirtschaft in der Schweiz. Festschrift zum 60. Geburtstag von Bundesrat Kurt Furgler*. Zürich: Benziger.

Selb, Peter und Lachat, Romain (2009): „The more, the better? Counterfactual Evidence on

the effect of compulsory voting on the consistency of party choice". *European Journal of Political Research* 48: 573-597.

Selb, Peter und Lachat, Romain (2004): *Wahlen 2003. Die Entwicklung des Wahlverhaltens. Swiss Electoral Studies, Band 8*. Zürich: Institut für Politikwissenschaft.

„Die SVP stoppte Barzahlungen mitten im Wahlkampf“. *Tages-Anzeiger online*, 19.03.2012. Online im Internet: <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Die-SVP-stoppte-Barzahlungen-mitten-im-Wahlkampf/story/23344563> (Stand 30.03.2012)

Tawfik, Amal; Pascal Sciarini und Eugène Horber (2011): „Putting Voter Turnout in a Longitudinal and Contextual Perspective: an Analysis of Actual Participation Data.“ *International Political Science Review*. Online-Publikation: 1-20. Online im Internet: <http://ips.sagepub.com/content/early/2011/07/30/0192512111405483.full.pdf+html> (Stand 30.03.2012)

Tawfik, Amal und Horber, Eugène (2010): „Les déterminants de la participation et quelques effets sur le vote de gauche.“ S. 45-85 in: Sarah Nicolet und Pascal Sciarini (Hrsg.): *Le destin électoral de la gauche – Le vote socialiste et vert en Suisse*. Chêne-Bourg: Éditions Médecine et Hygiène – Georg.

Trechsel, Alexander H. (2006): „Volksabstimmungen“. S. 459-487 in: Ulrich Klöti, Peter Knoepfel, Hanspeter Kriesi, Wolf Linder, Yannis Papadopoulos und Pascal Sciarini (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*. 4. und vollständig überarbeitete Auflage. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

Van Deth, Jan (2009): „Politische Partizipation“. S. 141-161 in: Viktoria Kain und Andrea Römmele (Hrsg.): *Politische Soziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Van Deth, Jan (2006): „Vergleichende politische Partizipationsforschung“. S. 167-187 in: Dirk Berg-Schlosse, Ferdinand Müller-Rommel: *Vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.